FREITAG, 31. MAI 2013 NR. 22 55. JAHRGANG

AZA
8820 Wädenswil

Dein
«~~M~~ein Haus ist
d~~e~~in Haus.»
mein

«Ob Immobilie oder Stockwerk, als Verwalter kümmere ich mich um Ihr Eigentum. Kompromisslos. So, als würde es mir selbst gehören.»
YVES GADIENT
IMMOBILIENVERWALTER

a-print IMMO
Telefon 055 460 11 11 www.a-print.ch

Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND
PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

VERNUNFT – VERANTWORTUNG – VENTIL

Direkte Demokratie: Garant für Stabilität und Sicherheit

Erfolg, Stabilität, Sicherheit, Wohlstand – das alles ist nicht selbstverständlich. Politische Entscheide haben Folgen. Und falsche Entscheide haben fatale Folgen.

UELI MAURER
BUNDESPRÄSIDENT
WERNETSHAUSEN

Es kommt auf die politische Ordnung an, die sich ein Land gibt. Und auf die Institutionen, die diese Ordnung tragen. Das macht den Unterschied zwischen Erfolg und Misserfolg, zwischen Wohlstand und Armut, zwischen Freiheit und Bevormundung. Die politische Ordnung entscheidet, wie wir leben.

Das ist so wichtig, man könnte darüber interessante Bücher schreiben. Oder man kann es in einer kurzen Formel zusammenfassen – der Formel mit den drei V: Vernunft, Verantwortung, Ventil.

Vernunft

Das erste V steht für Vernunft. Wir haben mit der direkten Demokratie ein Staatssystem, das die Vernunft begünstigt. Es ist ganz einfach: Weil bei uns das Volk entscheidet, bestimmen die Leute, die nachher selbst mit den Entscheiden leben müssen. Das Referendum ist die Notbremse bei überstürzten Entscheiden und gefährlichen Experimenten. Und die Initiative ist das Gaspedal, wenn Regierung und Parlament schlafen.

Die direkte Demokratie ist ein wichtiges Ventil.

Ich glaube an die Vernunft des Volkes. Natürlich hätte ich mir schon oft ein anderes Resultat bei Abstimmungen gewünscht. Niemand ist immer mit allen Volksentscheiden zufrieden. Aber die Erfahrung der letzten anderthalb Jahrhunderte lässt nur einen Befund zu: Unsere direkte Demokratie ist die weltbeste Staatsform. Sie ist ein Garant für Stabilität, Freiheit und Wohlstand.

Denken wir nur zurück an die EWR-Abstimmung! Regierung, Medien, Verwaltung traten fast geschlossen dafür ein. Das Volk dagegen war näher beim Alltag, näher bei der Realität, das Volk entschied vernünftig.

Als die Schweizer Stimmbürger vor 20 Jahren den EWR ablehnten, kursierte bald das Wort vom Dimanche noir, vom schwarzen Sonntag. Vergleichen Sie heute die Wirtschaftsdaten! Da kann kein Zweifel mehr bestehen: Das mit dem schwarzen Sonntag muss ein Missverständnis gewesen sein. Es heisst nicht Dimanche noir sondern Dimanche de gloire.

Wir müssen wirklich nicht das Volk vor dem Volk schützen.

Obwohl das Volk unser Land bisher erfolgreich geführt hat, wird es immer wieder verunglimpft. Das Volk verstehe nicht, worüber es abstimme, heisst es. Das Volk lasse sich von Demagogen verführen. Es sei halt einfach nicht vernünftig. Das ist eine Haltung, die heute bei Politikern, bei der Verwaltung und immer mehr auch an unseren Gerichten verbreitet ist. Darum müsse am Schluss doch jemand anderes das letzte Wort haben, jemand mit Vernunft. In den Zeitungen schreiben Professoren, das Volk habe nicht immer recht. Aber wer bestimmt denn, ob das Volk recht hat? Vielleicht diese Professoren? Einige Politiker? Oder ein paar Richter?

Seien wir vorsichtig: Wenn wenige über die Mehrheit bestimmen wollen, nähern wir uns gefährlichen Abgründen! Immer wieder hat es Personen oder selbsternannte Eliten gegeben, die glaubten, sie alleine wüssten, was für ein Volk gut sei – daraus wurden regelmässig die dunklen Kapitel der Weltgeschichte.

Es ist absurd: Wir müssen nicht das Volk vor dem Volk schützen! Wir müssen das Volk vor denen schützen, denen ihre einzelne Stimme als normaler Bürger offenbar nicht genügt; vor denen, die sich über die Mehrheit stellen wollen. Lassen Sie sich die Volksrechte nicht nehmen! Wehren Sie sich für unsere bewährte direkte Demokratie!

Verantwortung

Ich komme zum zweiten V, zur Verantwortung. Wer ein Amt übernimmt, der übernimmt damit Verantwortung. Bei uns ist das offen und transparent. Die Bürger wissen, wer Verantwortung trägt. Häufig wählen sie diese Leute ja selbst ins Amt, in den Gemeinderat oder in den Regierungsrat zum Beispiel.

Damit stehen die Gewählten unter einer kritischen Dauerbeobachtung. Das ist gut so. Wir können auch sagen: Erfolgsdruck ist das Erfolgsrezept. Denn die Verantwortlichen wissen, dass die Bevölkerung in den Gemeinden oder Kantonen ihnen auf die Finger schaut.

Die Arbeitslosigkeit steigt in den meisten EU-Staaten weiter an. In Frankreich und Spanien zum Beispiel hat sie ein neues Rekordhoch erreicht; 6,2 Millionen Spanier sind heute ohne regelmässige Arbeit. Auch die Verschuldung ist in fast allen EU-Staaten weiter angewachsen.

Eine Besserung ist nicht in Sicht. Die Schuldenkrise verschärft sich. Aber wer ist dafür verantwortlich? Wer was entscheidet, das weiss niemand mehr genau.

Ich glaube an die Vernunft des Volkes.

Wir können die Flucht aus der Verantwortung in Europa mitverfolgen: Immer weniger werden wichtige Entscheide durch Personen gefällt, die ihrem Volk verantwortlich sind. Immer weniger sind es gewählte Amtsträger, die bestimmen. Die wirklich wichtigen Entscheide werden nicht mehr von den Regierungen der einzelnen Länder getroffen.

Zum Glück ist das bei uns anders. Der Kontrast zur Schweiz ist gross. Ich meine, es ist eine entscheidende Stärke unseres Systems, dass bei uns wichtige Posten durch Volkswahlen vergeben werden. So ist klar, wer in der Verantwortung steht. Damit steigt auch das Vertrauen in diese Personen und in ihre Arbeit.

Ventil

Ich komme zu meinem letzten Punkt, zu meinem letzten V: Die direkte Demokratie ist ein ganz wichtiges Ventil. Denn sie kanalisiert Sorgen und Unmut der Bevölkerung. Wem etwas nicht passt, der kann das ändern, wenn er eine Mehrheit findet. Dafür stehen jeder Bürgerin und jedem Bürger die Instrumente unserer direkten Demokratie zur Verfügung. Alle können ihre Ideen vorbringen. Und am Schluss entscheiden wir alle zusammen über das Anliegen.

Direkte Demokratie verwandelt Ärger in wichtige und gute Diskussionen. Meinungsverschiedenheiten werden zivilisiert und demokratisch ausgetragen. Aus Kontroversen entstehen neue Lösungen.

Damit ist die direkte Demokratie Friedensstifterin und Stabilisator unserer Gesellschaft.

Vernunft, Verantwortung, Ventil – Die direkte Demokratie ist die Staatsform, mit der man am Schluss am ehesten zu nüchternen, vernünftigen Entscheiden kommt. Diese Aussage gründet nicht auf abstrakten Staatstheorien. Sie ist belegt durch unsere historische Erfahrung, durch unseren Wohlstand und durch den Frieden, in dem wir leben dürfen.

Parolen zur Volksabstimmung vom 9. Juni 2013

SVP des Kantons Zürich

Eidgenössische Vorlagen

1. Volksinitiative «Volkswahl des Bundesrates» — JA
2. Änderung des Asylgesetzes (AsylG) — JA

Kantonale Vorlagen

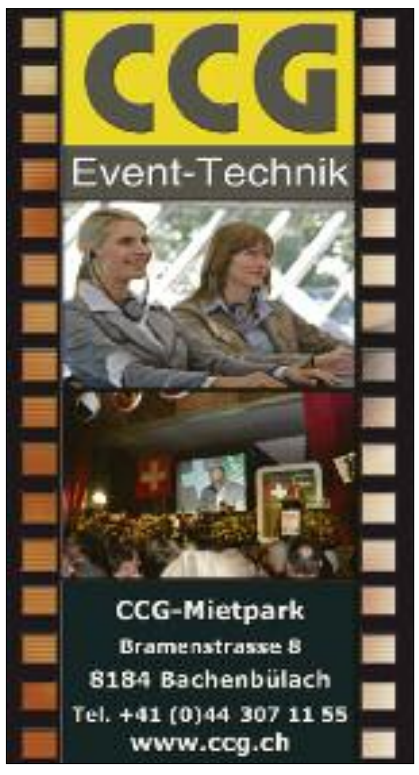
1. Gesetz über den Beitritt zum Konkordat über Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen (Änderung) — JA
2. Kantonale Volksinitiative «Gegen Steuergeschenke für Superreiche; für einen starken Kanton Zürich (Bonzensteuer)» — NEIN

IMBACH

Wanderreisen in kleinen Gruppen oder individuell

Bestellen Sie den neuen Katalog bei:
Imbach Reisen, 6000 Luzern
Tel 041 418 00 00, info@imbach.ch
www.imbach.ch

CCG
Event-Technik



CCG-Mietpark
Bramenstrasse 8
8184 Bachenbülach
Tel. +41 (0)44 307 11 55
www.ccg.ch

Lassen Sie sich vom Wetter nicht um den Lohn Ihrer Arbeit bringen.

2013 mit RÜCKVERGÜTUNG avec RISTOURNE con RISTORNO

Wir unterstützen Sie in Ihrem Risikomanagement mit einer umfassenden Deckung gegen Wetterrisiken.

Postfach, 8021 Zürich
Tel.: 044 257 22 11
Fax: 044 257 22 12
info@hagel.ch
www.hagel.ch

Schweizer Hagel
Suisse Grêle
Assicurazione Grandine
IM DIENST DER LANDWIRTSCHAFT

Gewinnen Sie den kleinsten Vierplätzer der Welt!

TOYOTA
ALWAYS A BETTER WAY

TOYOTA iQ
Tombola-Hauptpreis an der Gewerbeausstellung Küsnacht vom 14. – 16. Juni 2013.

13-115-SZ

Persönlich. Ihre
Emil Frey
Seegarage Zollikon Erlenbach
www.emil-frey.ch/seegarage

Allzu Zahmes zum Unzähmbaren

VON CHRISTOPH MÖRGELI

In der Schweiz gibts neben den Sonntagszeitungen eine einzige namhafte politische Wochenzeitung: die «Weltwoche». Der Rest besteht aus unpolitischem Lifestyle, People, Mode, Schönheit, Koch- und Lebensrezepten, Tratsch und Klatsch. Gemeint sind Titel wie «Das Magazin», «Schweizer Illustrierte», «Schweizer Familie», «Glückspost», «Migros-Magazin» oder «Coopzeitung». Doch ausgerechnet über die «Weltwoche» als einziges Politmagazin des Landes sass unlängst ein Theatertribunal zu Gericht.

Selbst wo etwa das «Magazin» politisch sein will, ist es das Gegenteil. «Der letzte Unzähmbare» lautete der Titel eines Interviews mit dem zurücktretenden Zürcher FDP-Stadtrat Martin Vollenwyder. Eine Plauderei mit dem «Unzähmbaren», wie sie zahmer nicht sein könnte. Auf den Knien geschrieben. Völlig unkritisch. Absolut unpolitisch. Ja, Vollenwyder hat wieder geheiratet. Nein, seine Töchter haben ihn abends nicht vermisst. Schade, er schaffte es nie, ein Buch zu lesen. Dann etwas über Journalisten, das Restaurant «Aux Carrés» und Rettungswesten auf dem Zürichsee.

Das Magazin stellte keine einzige Frage zum Zustand von Vollenwyders FDP. Nichts zur Nichtwahl des Parteikollegen und zur Besetzung seines Sitzes durch einen Kommunisten. Nichts zum dramatischen freisinnigen Einbruch im Stadtrat von drei auf eins. Nichts zum egoistischen Zeitpunkt des vorzeitigen Rücktritts, der Vollenwyder die volle Aufmerksamkeit, seiner FDP aber das Debakel garantierte. Keine Frage, weshalb die städtischen Vollstellen unter Vollenwyder um 3596, die Jahresausgaben um 1,39 Milliarden Franken und die Bruttoschulden auf horrende 9,23 Milliarden zunahmen.

Martin Vollenwyder, der «Unzähmbare», war ein Liebling der Medien, weil er zwecks Wiederwahl gegenüber der linken Mehrheit zahm war wie ein Kätzchen. Und die Krallen und Zähne eines Raubtiers einzig gegen die SVP ausfuhr: SVP-Stadtratskandidat Mauro Tuena sei «sogar dann unter der Gürtellinie, wenn man den Gürtel auf Knöchelhöhe trägt». SVP-Stadtratskandidat Roger Liebi sei zu bekämpfen, denn Vollenwyder wolle «am Morgen noch in den Spiegel schauen können». Was dem Berufspolitiker im Spiegel entgegenblickt, sind kaum die Züge eines «Unzähmbaren». Sondern die verschwommenen Konturen eines Opportunisten. Inklusive reichlicher Ernährung dank öffentlich bezahlter Buffets und Apéros.

VORSCHAU AUF DIE SOMMERSESSION

Mit Überraschungen und Unplanbarem rechnen...

Mit Blick auf die Traktanden der Sommersession stellt sich für die SVP-Fraktion die grundsätzliche Frage, ob statt des Parlamentes nicht der Bundesrat die Verantwortung für sein (inhaltlich noch unbekanntes) Banken-Steuerabkommen «FATCA» mit den USA übernehmen müsste. Sollte tatsächlich das Parlament zuständig sein, verlangt die SVP ein ordentliches Verfahren. Mit grossem Unverständnis hat die Fraktion zudem auf den überraschenden Rücktritt im ungünstigsten Zeitpunkt von Staatssekretär Michael Ambühl reagiert. Einmal mehr zeigen sich eklatante Führungsmängel an der Spitze des Eidgenössischen Finanzdepartements.

HANS EGLOFF
NATIONALRAT SVP
AESCH ZH

Am 14. Februar 2012 hat die SVP die Volksinitiative «gegen Masseneinwanderung» eingereicht. Sie wurde in nur sieben Monaten von 136 195 Personen unterschrieben. Am zweitletzten Tag der Sommersession (3. bis 21. Juni 2013) kommt die Initiative im Nationalrat als Erstrat zur Behandlung. Das mutmassliche Abstimmungsergebnis scheint klar: Alle gegen die SVP, damit die Schweiz auch künftig die Zuwanderung weder eigenständig steuern noch kontrollieren kann ...

Die seit Jahren anhaltende Zuwanderung insbesondere aus der EU in die prosperierende Schweiz mit ihrer nach wie vor gesunden Wirtschaft wirkt sich nachteilig auf Lohnentwicklung, Mieten, Bodenpreise, Landschaft, Verkehrswege, Energie, Umwelt, Schulen, Gesundheitswesen und Sozialwerke aus. Offene Grenzen und verschleppte Probleme im Asylwesen verstärken diese Probleme zusätzlich.

Die Initiative «Gegen Masseneinwanderung» verlangt eine grundsätzliche Neuausrichtung der schweizerischen Zuwanderungspolitik durch eine umfassende Regulierung. Sie will erreichen, dass die Schweiz die Zuwanderung durch Festlegung von jährlichen Höchstzahlen für alle Zulassungen steuert.

Diese dem Volk und den Ständen zur Beurteilung an der Urne vorgeschlagene Lösung ist laut Bundesrat und der Staatspolitischen Kommission (SPK) des Nationalrats «insbesondere nicht mit dem Freizügigkeitsabkommen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union (EU) sowie mit der entsprechenden Konvention der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA) vereinbar.» Es wird sogar gewarnt, eine Annahme der Initiative stelle die bilateralen Beziehungen zu den europäischen Partnern in Frage und schade der schweizerischen Wirtschaft.

Probleme gibt es, aber …

Die Zuwanderungspolitik der Schweiz basiert auf dem Freizügigkeitsabkommen mit der EU und der entsprechenden EFTA-Konvention sowie einer beschränkten Zulassung von Angehörigen der übrigen Staaten aus wichtigen wirtschaftlichen oder humanitären Gründen. Daran will der Bundesrat festhalten. Gleichzeitig verkennt er nicht, «dass das Wirtschaftswachstum und die vergleichsweise hohe Zuwanderung der letzten Jahre zu einem Bevölkerungswachstum geführt haben, womit sich die Herausforderungen insbesondere in der Integration, auf dem Wohnungsmarkt, bei der Infrastruktur- und Raumplanung und in der Bildungspolitik erhöhen». Heute sind rund dreissig Prozent aller Arbeitsplätze von Ausländern besetzt.

Bei einer Annahme der SVP-Initiative müsste davon ausgegangen werden, dass das Personenfreizügigkeitsabkommen mit der EU nicht mehr weitergeführt werden könnte, glaubt der Bundesrat. Damit würden laut ihm alle sieben bilateralen Abkommen «automatisch hinfällig». Die vorberatende SPK kam am 3. Mai 2013 zu einer etwas differenzierteren Lagebeurteilung: «Würde die Initiative angenommen, müsste die Schweiz das Personenfreizügigkeitsabkommen innerhalb von drei Jahren neu verhandeln.» SP und Grüne verlangen «griffige flankierende Massnahmen mit Mindestlöhnen und Gesamtarbeitsverträgen» sowie bei der Wohnbaupolitik. Auf bürgerlicher Seite wird «Missbrauchsbekämpfung» als Alternative zur SVP-Initiative empfohlen.

Routine und Unvorhergesehenes

Zu den «Fixpunkten» der Sommersession gehören in beiden Kammern die Rechenschaftsberichte (Bundesrat, Bundesgericht), die Staatsrechnung mit einem Überschuss von 1262 Millionen Franken und schliesslich Mitte der zweiten Woche die Fraktionsausflüge. Der Ausflug unserer Fraktion wird dieses Jahr von einem Sportunfall unseres Berner Präsidenten Adrian Amstutz überschattet. Er stürzte mit seinem Mountainbike derart schwer, dass er für Wochen ausfallen wird. Wir wünschen ihm gute Genesung und möglichst baldige Rückkehr in den politischen Alltag!

National- und Ständerat führen in der dritten Woche auf Verlangen der SP eine ausserordentliche Session zur Steuerkonformität und zum automatischen Informationsaustausch, zum Bankgeheimnis und zu den Steuerdebatten durch. Zu reden geben dürfte nebst den unerfreulichen Aktualitäten im Finanzdepartement insbesondere, dass die EU nun offiziell Verhandlungen mit der Schweiz über den automatischen Informationsaustausch fordert. Bereits in der zweiten Woche debattiert der Ständerat das Abkommen mit den USA zur Umsetzung des umstrittenen Gesetzes FATCA. Die USA fordern damit die automatische Lieferung von Bankdaten von US-Bürgern und wollen sicherstellen, dass in Zukunft kein amerikanisches Schwarzgeld in der Schweiz angelegt wird.

Geld für den öffentlichen Verkehr

Die Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen (KVF) unterstützt mit grossem Mehr den direkten Gegenentwurf zur Volksinitiative «Für den öffentlichen Verkehr» und das Gesamtkonzept zur Finanzierung und zum Ausbau der Eisenbahninfrastruktur (FABI), wie es der Ständerat in der Wintersession beschlossen hat. Neben einem unbefristeten Bahninfrastrukturfonds ist ein erster Ausbauschritt von 6,4 Milliarden Franken vorgesehen. Zu dessen Finanzierung muss die Mehrwertsteuer von 2018 bis 2030 um ein Promille erhöht werden.

Die KVF unterstützt einen Bahninfrastrukturfonds, der sowohl Investitionen wie auch Unterhalt finanzieren soll. Diesen grösseren Ausbauschritt befürwortet die Kommission wegen der Dringlichkeit der Projekte und der besseren regionalen Ausgewogenheit. Bei der Finanzierung setzt die Kommission auf die von Bundesrat und Ständerat beantragten Quellen. Anträge, anderweitig Mehreinnahmen zu generieren, wurden abgelehnt.

Kommen Sie auf den Bundeplatz

Am 4. Juni lancieren wir die überparteiliche Volksinitiative «Ja zum Schutz der Privatsphäre». Es ist entscheidend, dass wir bereits beim Lancierungsevent mit einer grossen Teilnehmerzahl auf unser Anliegen aufmerksam machen können. Wir bitten Sie daher herzlich, am **Dienstag, 4. Juni 2013, zwischen 13.15 Uhr und 14.00 Uhr** auf den Bundesplatz zu kommen und die Volksinitiative zu unterzeichnen. Das Initiativkomitee wird dann auf dem Bundesplatz Unterschriften sammeln. Nehmen Sie sich ein paar Minuten Zeit und unterstützen Sie uns!

Setzen wir gemeinsam ein wichtiges Zeichen gegen den schleichenden Eingriff in unsere Privatsphäre!

Ja zum Schutz der Privatsphäre

Asyl: Es brennt im Schweizer Haus

THIS JENNY
STÄNDERAT SVP
GLARUS

Was Münchner Ökonomen für Deutschland längst errechnet haben, belegen jetzt auch Forscher der Uni Basel: Die Zuwanderung ist für die Bundeskasse ein Negativgeschäft. Denn der durchschnittliche Ausländer und sein üblicher Familiennachzug belasten unsere Sozialwerke mehr, als sie bringen. Diese unerfreuliche Bilanz kommt auch daher, dass gut ausgebildete Zuwanderer kürzere Zeit hier bleiben, während die Schlechtqualifizierten sich jahrzehntelang oder für immer niederlassen. Um diese Tendenz zu bekämpfen, will das Bundesamt für Migration allen Ernstes Willkommens-Empfänge für die Partnerinnen ausländischer Wirtschaftsgrössen veranstalten …

Selbstverständlich geht es nicht an, jede Zuwanderung zu verdammen. Viele tüchtige Ausländerinnen und Ausländer tragen in verschiedensten Berufen zu unserem Wohlstand bei. Manche von ihnen sind mindestens ebenso tüchtig und können uns Schweizer durch ihren Leistungswillen nur anspornen. Zweifellos ist es aber ein Nachteil, dass unser Land mit dem freien Personenverkehr für 500 Millionen EU-Bürger die Kontrolle über die Qualität der Zuwanderung verloren hat. Und es ist ein empörender Missstand, wenn man Ausländer hier anstellt, sie aber schon nach wenigen Wochen entlässt und sie danach dem Sozialstaat anheimfallen. Auch dass in den kommenden Sommermonaten zahlreiche Arbeitssuchende aus Südeuropa unsere Campingplätze bevölkern werden, zeugt nicht von einer gesunden Ausländerpolitik.

Am schlimmsten aber sieht die Bilanz im Asylbereich aus. Es handelt sich bei den bald 40 000 jährlichen Asylsuchenden praktisch immer um Wirtschaftsflüchtlinge, die hier ein besseres Leben suchen. Dies ist und bleibt gemäss unseren Gesetzen beim besten Willen kein Asylgrund. Deshalb werden 90 Prozent aller Gesuche abgewiesen, was wohl noch immer eine zu hohe Anerkennungsquote darstellt. Doch die hierzulande gut entwickelte Asylindustrie will schliesslich auch leben. Alarmierend ist, dass ein Grossteil der Abgewiesenen aus verschiedenen Gründen nicht ausgeschafft, sondern unter irgendwelchen Vorwänden «vorläufig» und damit meistens dauernd aufgenommen wird oder aber untertaucht. Aufgrund ihrer mangelnden Ausbildung haben die meisten Asylanten kaum je Chancen auf eine dauernde Eingliederung in den Arbeitsprozess und landen darum beim Sozialstaat.

Jetzt sollen gewisse Verschärfungen des Asylrechts endlich Abhilfe schaffen. Am 9. Juni stimmen wir über dringliche Änderungen des Asylgesetzes ab und sollten ein Ja einlegen. Die langen Verfahren von bis zu fünf Jahren sind zu beschleunigen, denn sie verursachen Milliardenkosten und erhebliche Unterbringungsprobleme. Die zunehmende Zahl Renitenter bedroht die öffentliche Sicherheit und gehört in spezielle Zentren. Und es soll künftig nicht mehr möglich sein, über weltweite Botschaftsgesuche in die Schweiz einzureisen.

Obwohl diese dringlichen Änderungen alle in- und ausländischen Konventionen erfüllen und sogar von der SP-Justizministerin unterstützt werden, haben Kreise der Linken, des Asylwesens und der Kirchen das Referendum ergriffen. Dass die Linksaktivisten ihre Klientel und künftige Wählerschaft pflegen wollen, kann kaum erstaunen. Viel problematischer erscheint mir die Haltung der Kirchen. Wenn sie es ernst meinen mit ihren lieblichen Aufrufen, sollen die Asylbewerber meinetwegen in den überdimensionierten Pfarrhäusern Unterkunft finden. Dort sind sie offenbar ebenso willkommen wie bei Abt Martin Werlen in Einsiedeln, dessen riesiges Kloster wegen Rückgang des geistlichen Nachwuchses gewiss über viele Räumlichkeiten verfügt. Das Predigen fällt leicht, wenn andere die eingebrockte Suppe auslöffeln müssen.

Doch auch bei Annahme der dringlichen Änderungen des Asylgesetzes mag ich nicht an eine dauernde Problemlösung glauben. Allzu oft merke ich in Bundesbern, dass den Verantwortlichen in Regierung und Verwaltung der Wille und die Kraft zum Durchgreifen fehlt. Unsere Gesetze sind nur so gut wie ihr Vollzug. Und hier hapert es gewaltig, solange so viele Zeitgenossen vom Missstand profitieren und so viele Rechtsmittel zur Verschleppung der Verfahren zur Verfügung stehen. Dauernde Abhilfe ist nur dann zu schaffen, wenn wir uns endlich klar werden, dass es bei den unendlichen Asylverfahren in den meisten Fällen nicht um echte Flüchtlinge geht. Doch das «Tun als ob», der hierzulande betriebene Asylantismus, wird weiterhin dem Missbrauch Tür und Tor öffnen, Milliarden verschlingen und Unmut im Volk schüren. Wir Politiker wären jetzt echt gefordert.

Erstabdruck in der «Südostschweiz» vom Sonntag, 26. Mai 2013.

RATSBERICHT

SKOS-Richtlinien endlich anpassen

Diese Woche tagte der Kantonsrat zu den SKOS-Richtlinien für Sozialhilfebezüger, zur Asylproblematik und über die Höhe der Ordnungsbussen im Strassenverkehr.

YVES SENN
KANTONSRAT SVP
WINTERTHUR

Mit einem Postulat forderten **Willy Haderer** (SVP, Unterengstringen), **Theres Weber** (SVP, Uetikon a. S.) und **Hansruedi Bär** (SVP, Zürich) den Regierungsrat auf, die Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) zu veranlassen, die SKOS-Richtlinien anzupassen, sodass Sozialhilfebezügerinnen und Sozialhilfebezüger gegenüber den Niedrigverdienenden, welche zudem Steuern bezahlen, nicht besser gestellt werden.

Der Regierungsrat anerkannte, dass es sowohl bei der Anwendung des Anreizsystems der Sozialhilfe als auch in anderen Vollzugsbereichen zu Fehlanreizen und damit Ungerechtigkeiten kommen kann. Diese Fehlanreize seien darin begründet, dass das Zusammenspiel von Erwerbseinkommen mit Sozialleistungen, Steuern und Kinderbetreuungskosten dazu führen kann, dass eine Einkommenserhöhung als sogenannter Schwelleneffekt eine Verkleinerung der frei verfügbaren Mittel bewirke. Dieser Schwelleneffekt könne auch als negativer Arbeitsanreiz umschrieben werden. Der Regierungsrat habe diese Problematik erkannt und die Beseitigung von Fehlanreizen im Steuer- und Sozialsystem zu den Massnahmen seiner Legislaturziele erklärt. Zudem halte der Regierungsrat auch fest, dass nicht davon auszugehen sei, dass sich Sozialhilfebeziehende allein von ökonomischen Vorteilen leiten liessen. Eine rasch umsetzbare Massnahme zur Bekämpfung der erwähnten Fehlanreize in der Sozialhilfe würde darin bestehen, dass der Einkommensfreibetrag beim Austritt aus der Sozialhilfe angerechnet würde. Dabei sei aber zu berücksichtigen, dass diese Massnahme mit jährlichen Kosten von rund 1,7 Mio. Franken verbunden wäre. Angesichts der eher geringen Bedeutung dieser Schwelle sei in Verbindung mit der finanziellen Situation der öffentlichen Hand aber von der Umsetzung dieser Massnahme abzusehen.

Willy Haderer betonte im Rat, dass es sehr störend ist, dass viele Leute, die keine Sozialhilfe beziehen, schlechter gestellt sind als solche, die das Geld bei der Gemeinde abholen. Der Kantonsrat schrieb das Postulat mit abweichender Stellungsnahme ab.

Ordnungsbussen

Mit einer Motion forderten **Pierre Dalcher** (SVP, Schlieren) und **Hans-Ueli Vogt** (SVP, Zürich) zusammen mit einer BDP-Vertreterin das Stoppen der masslosen Erhöhung der Ordnungsbussen im Strassenverkehr. Konkret wurde verlangt, dass der Regierungsrat eine Gesetzesvorlage zu unterbreiten habe, mit der sichergestellt werden könne, dass Verkehrsbussen vom Kanton und von den Gemeinden nicht höher budgetiert werden, als dies dem erwarteten Zuwachs des Motorfahrzeugbestandes im Kanton Zürich entspreche. Pierre Dalcher akzentuierte im Rat, dass der Kanton Zürich, nachdem er im Jahre 2011 bereits fast 3 Millionen Franken mehr als im Vorjahr eingenommen hatte, das neue Bussenbudget noch einmal um beinahe 2 Millionen Franken aufgestockt habe. Der Regierungsrat begründete diese Mehreinnahmen mit der neuen Taktik des Einsatzes von semistationären Kontrollanlagen. Diese Kontrollanlagen können zielgerichteter und flexibler eingesetzt werden. Allerdings müsse hier vielmehr von einer bewussten Strategieänderung ausgegangen werden.

Die Einsatzdauer der technischen Überwachungsanlagen wurden um über 14 000 Stunden, auf neu 17 000 Stunden erhöht. Weiter stünden die Mehreinnahmen oder die Erhöhung des budgetierten Einnahmebetrags in keinem Verhältnis zum Wachstum der zusätzlich eingelösten Fahrzeuge, betrage dieser momentan 2 Prozent. Auch die kantonalen Unfallstatistiken der letzten Jahre würden keinen zusätzlichen Bedarf nach mehr Kontrollen rechtfertigen, da die Unfallzahlen in den letzten Jahren auf einem erfreulichen, tiefen und stabilen Niveau stagnieren würden. Mit der Erhöhung des Budgetbetrages setze der Regierungsrat die Kantonspolizei massiv unter Druck, denn diese müsse den budgetierten Betrag in Bussen realisieren. Dieses Vorgehen gegenüber den gekennzeichneten Strassenbenutzern sei ungerecht und schlicht Abzockerei. Darum wundere es niemand, dass die Automobilisten die «Milchkuh Initiative» starten und das Referendum «Nein zur 100-Franken-Autobahnvignette» bereits zustande gekommen sei. Der Kantonsrat lehnte die Überweisung der Motion ab.

Asylproblematik

Mit einer Interpellation stellte die FDP fest, dass die Gesuche um Asyl deutlich zunehmen, die Dauer der Asylverfahrens nach wie vor viel zu lange sei und parallel dazu ein deutlicher Anstieg von Delikten bei bestimmten Gruppen von Asylbewerbern verzeichnet werde. **Barbara Steinemann** (SVP, Regensdorf) betonte, dass, was in unseren Asylgesetzen steht, längst bedeutungslos ist. Das Problem seien die vielen Duldungen. Nicht zuletzt durch die zahllosen Bleiberechte, die durch das Bundesverwaltungsgericht in Leitentscheiden ausgesprochen wurden. Die Leute würden zwar kein Asyl erhalten, bleiben dürfen sie aber trotzdem. (Siehe Kommentar)

DIE SITZUNG IM ÜBERBLICK: DER KANTONSRAT HAT AM MONTAG …

… ein Postulat betreffend Umsetzung der Gesetze über die ärztlichen Zusatzhonorare für dringlich erklärt. ☺

… ein Postulat betreffend SKOS-Richtlinien mit abweichender Stellungnahme abgeschrieben. ☺

… eine Interpellation betreffend Asylproblematik mit Diskussion erledigt. 😐

… ein Postulat betreffend Analyse zur Situation der Familien im Kanton Zürich mit 157 zu 8 Stimmen abgelehnt. ☺

… eine Motion gegen eine masslose Erhöhung der Ordnungsbussen im Strassenverkehr abgelehnt. ☹

… eine Standesinitiative für die Änderung des Steuer-Harmonisierungsgesetzes, Definition des geschäftsmässig begründeten Aufwandes, nicht vorläufig unterstützt. ☺

27. Mai 2013

KOMMENTAR ZUR RATSSITZUNG

Asyl und Einwanderung: Ist die FDP in der Realität angekommen?

BARBARA STEINEMANN
KANTONSRÄTIN SVP
WATT

Erst wenn sich ein Problem wirklich nicht mehr ignorieren oder leugnen lässt, springen auch die anderen politischen Parteien noch rasch im Zuge der medialen Berichterstattung auf. So im letzten Spätsommer die FDP bzw. die Walliseller Sozialvorsteherin Linda Camenisch und Fraktionspräsident Thomas Vogel mit einer Interpellation – einer schriftlichen Anfrage an den Regierungsrat, wobei das Thema dann noch mündlich im Rat besprochen werden kann – zur horrenden Einwanderungswelle via Asyl mit ihren kriminellen und finanziellen Folgen.

Dass die betroffene Personengruppe extrem negativ in der Kriminalitätsstatistik auffällt, ist eine Binsenwahrheit, das weiss mittlerweile jeder. Braucht es deutlichere Anzeichen, dass jemand unser Asylrecht missbraucht? Zum einen haben wir das Strafrecht, auf der andern Seite die Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht. Leute, die kriminell werden, sind zu inhaftieren und rasch ausser Landes zu bringen. «Die Gesetze sind da. Man muss sie nur anwenden», sagt Mario Gattiker, der Direktor des Bundesamtes für Migration.

Nirgends zeigt sich so deutlich, wie ein Staat sich als unfähig erweist, erweisen will, seine bestehenden Regeln anzuwenden. Unsere Behörden lassen jedoch diese Entschiedenheit vermissen. Im Gegenteil wird uns die tausendfache Aufnahme falscher Flüchtlinge gerne als alternativlos verkauft. Andere mitteleuropäische Staaten schaffen es besser als die Schweiz, abgewiesene Asylbewerber zurückzuführen. Hinzu kommt die Praxis der Verwaltungsgerichte, insbesondere jene des Bundesverwaltungsgerichts, die zahllose Bleibegründe geschaffen hat. Jahrzehntelang war die offizielle Losung, dass eine härtere Haltung nur um den Preis der Menschenrechte und der Aufgabe der humanitären Tradition zu haben sei. Ein Weltbild wurde idealisiert, wie es in Kinderbüchern vorkommt und Kritiker in die rechtsnationale Ecke gestellt. Von den Freisinnigen – von Ausnahmen abgesehen – hat sich keiner um die Materie und die offensichtlichen Missstände gekümmert: Was die SVP thematisiert, darf bagatellisiert und tabuisiert werden.

Der Blick auf die Vorgänge in Stockholm lassen erahnen, was in naher Zukunft auch auf uns zukommen könnte – obwohl oder gerade weil wir mit unserem totalen Versorgungsstaat gerne ganze Zuwanderergenerationen aus aussereuropäischen Kulturen wohlig eingebettet und ruhiggestellt haben möchten. Auch bei uns findet im Asylwesen Integration fast nur auf dem Sozialamt statt. In den schwedischen Randalenbezirken haben bis 80 % der Einwohner einen Migrationshintergrund und vermochten überwiegend einst via Asyl Fuss zu fassen.

Abgesehen von der Asylindustrie, von den Sozialarbeitern über Sonderpädagogen und Ausbildner bis zu den Anwälten, die sich gerne als Gralshüter der Rechtsstaatlichkeit sehen, und den Wirtschaftsflüchtlingen selber profitiert niemand von diesen Zuständen. Selbst für manche Linke ist angesichts der Offensichtlichkeit der noble Kampf für den Zustrom von Armutsflüchtigen zur politisch heissen Kartoffel geworden.

Nicht zu übersehen ist dabei, dass die seit Jahren und Jahrzehnten andauernde Kompromissbereitschaft der FDP mit der politischen Linken zu diesen beklagenswerten Zuständen beigetragen hat: So haben beispielsweise auch die Liberalen im Zuge des aktuellen Asylgesetzrevision die Verfahren um keine einzige Rechtsmittelinstanz gekürzt und dem Familiennachzug von abgewiesenen Asylbewerbern zugestimmt, die laut Statistik des Bundes zu mehr als 85 Prozent von der Sozialhilfe leben und damit auch ihre Verwandten direkt in den Sozialstaat einwandern lassen dürfen. Im Kanton Zürich hat sich auch die FDP ins Zeug gelegt, dass vorläufig Aufgenommene, also nicht ausschaffbare abgewiesene Asylanten, Sozialhilfe nach SKOS-Tarifen erhalten.

Zu viele Akteure haben ein Eigeninteresse an diesen Zuständen und man wünschte sich bei allen FDP-Vertretern so viel Konfrontation mit der Wirklichkeit, wie dies die Erstunterzeichnerin als Sozialvorsteherin in Wallisellen hat. Vorschläge wie mehr Nothilfe statt Sozialhilfe, Ausgangssperre oder ein Handyverbot wirken kleinlich und zeugen von der Überforderung unserer Behörden; über solche Massnahmen werden sich die als Asylanten getarnten Kriminaltouristen mit einem Lächeln hinwegsetzen. Solange sich die Grundeinstellung unserer Migrationsämter, der Richter und der politischen Parteien nicht nach der Mehrheitsmeinung der Bevölkerung richtet, bleibt alles beim Alten. Die Folgen werden uns noch lange Zeit beschäftigen.

SKOS-Richtlinien verlieren Heiligenschein

WILLY HADERER
KANTONSRAT SVP
UNTERENGSTRINGEN

Seit 5 Jahren moniert die SVP im Kantonsrat die Tatsache, dass mit der Handhabung der SKOS-Richtlinien Ungerechtigkeiten gegenüber wenig verdienenden Nicht-Sozialabhängigen entstehen. Gemeinden und Bezirke haben sich zudem erfolglos beim Kantonalen Sozialamt mit Lösungsvorschlägen für eine Beseitigung dieser störenden Praxis eingesetzt. Sogar die Sozialdirektion des Kantons Zürich hat mit einer selbstbeauftragten Studie anerkennen müssen, dass die monierten Missstände effektiv vorhanden sind. Über 8000 steuerzahlende Zürcher sind demgemäss schlechter gestellt als Sozialabhängige! Dies ist keine Lappalie und müsste eigentlich die SKOS-Verantwortlichen schon längst zum Handeln veranlassen. Dass der SKOS-Präsident Walter Schmid seit Jahren Gebetsmühlenartig erklärt, dass weder an der Handhabung noch der Höhe der Sozialbeiträge etwas geändert werden kann, entspricht keineswegs mehr einer verantwortungsvollen Betreuung dieser gesamtschweizerisch gültigen Fachorganisation. Es ist allerdings auch festzustellen, dass die Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) dominiert wird von sozialistisch regierten Städten und professionellem Fachpersonal aus dem Sozialhilfebereich. Die Kantonalen Sozialämter sitzen quasi als Befehlsempfänger und Briefträger zu ihren Regierungen in den Gremien der SKOS. Grundsätzlich ist es positiv, dass durch solche Richtlinien die Sozialhilfe in der ganzen Schweiz nach einheitlichen Vorgaben ausgerichtet wird. Absurd wird dies allerdings, wenn einzelne Kantone sich infolge der Unbeweglichkeit der SKOS-Organe genötigt finden, in ihren Sozialhilfe-Gesetzgebungen abweichende Regelungen zu beschliessen. Dies, obwohl praktisch alle Kantone die SKOS-Richtlinien als verbindlich für ihren Kanton erklärt haben.

Weniger Sozialhilfe für Sozialschmarotzer

Der Zürcher Kantonsrat hat nun die Antwort der Regierung aus dem Sozialdepartement auf meinen Antrag, die eingangs erwähnte Ungerechtigkeiten zu beseitigen, nicht mehr akzeptiert und mit 111 zu 63 Stimmen vom Regierungsrat verlangt, Vorschläge zur Beseitigung dieses Missstandes auszuarbeiten und zwar, wie das Sozialdirektor RR Mario Fehr in der Debatte bestätigte, ohne Mehrkosten zu verursachen. Das heisst deutsch und deutlich: ohne die z. T. zu hohen Leistungen zu reduzieren geht das nicht. Er wird dabei verpflichtet, sich bei der SKOS und beim Gemeindepräsidentenverband für eine sachgerechte Lösung einzusetzen.

Auch der Gemeindepräsidentenverband hat aufgrund unserer Kontakte im Zusammenhang mit der Postulatsbehandlung erklärt, dass er das Thema auf die Tagesordnung bringen will.

Sozialhilfe soll und muss dafür sorgen, dass es denjenigen, welche es nicht schaffen, zu einem lebensnotwendigen eigenen Einkommen zu gelangen, ermöglicht wird, sich in einer vernünftigen Art das tägliche Leben zu gestalten. Wichtig soll aber immer auch eine nichtfinanzielle Hilfestellung durch die Gemeindesozialämter sein, mit dem Ziel, den Sozialabhängigen finanziell wieder auf eigene Beine zu stellen. Damit erhält die Sozialunterstützung den Stellenwert einer Übergangshilfe.

Leider haben wir es heute mit einem viel zu hohen Anteil von Sozialschmarotzern zu tun, die nicht im Traum daran denken, mit eigener Arbeit wieder in eine Selbstverantwortung zu gelangen. Gerade darum geht es uns beim Verlangen von flexibleren SKOS-Richtlinien, nämlich effektiv gegenüber schwarzen Schafen vorgehen zu können, um damit dort Sozialhilfe zu leisten, wo sie aus Not auch gerechtfertigt ist. Es würde eigentlich dem Regierungsrat gut anstehen, wenn er in eigener Initiative mit SKOS und Gemeindepräsidentenverband selbst eine Lösung umzusetzen würde. Wie gut würde der Sozialdirektor dastehen, wenn er dem Parlament nicht nur Lösungsmöglichkeiten vorschlagen würde, sondern erklären könnte, wie das Problem gelöst werden konnte. Ich habe dies RR Mario Fehr in der Debatte dringlich empfohlen. Damit hätte die Sozialhilfe dann auch wieder die nötige Akzeptanz in der Bevölkerung.

SVP DIETIKON

Ausflug mit Ross und Wagen für die 70-Jährigen

Die SVP Dietikon organisiert seit 11 Jahren zusammen mit der Reitgesellschaft an der Limmat (RGL) den traditionellen Ausflug.

An einem echten Frühlingstag mit Ross und Wagen durch Dietikon.

Das Datum war der erste Höhepunkt der diesjährigen Ausfahrt: Es war der bislang einzige Tag im Mai, der sich als echter Frühlingstag entpuppte. Die strahlende Sonne brachte 67 Teilnehmer, 12 Pferde und 6 Fuhrleute bereits auf dem Sammelplatz in gute Stimmung. Das Klappern der Pferdehufe auf dem Dietiker Asphalt erregte viel Aufmerksamkeit. Die winkenden Leute am Strassenrand und die verständnisvoll wartenden Autofahrer unterstrichen das Besondere einer solchen Kutschenfahrt.

Leichtfüssig trabten die Pferde Richtung Weiningen. Im Wiesentäli erforderte die Steigung den vollen Einsatz der Vierbeiner. Viele Teilnehmer erlebten zum ersten Mal dieses wunderschöne Gebiet am Fusse des Altbergs und waren begeistert. Via Oetwil fuhr die Wagenkolonne weiter ins aargauische Limmattal, überquerte die Geleise des Rangierbahnhofs und legte im Restaurant Central in Spreitenbach einen Zwischenhalt ein.

Durst ist bekanntlich schlimmer als Heimweh und so war der gemütliche Zvierihalt hoch willkommen. Lebhaft tauschten die 70er-Jubilare Erinnerungen aus und kamen zum Schluss, dass der Jahrgang 1943 klar zu den besten gehöre. Frisch gestärkt wurde der Heimweg in Angriff genommen und ein ereignisreicher Ausflug dürfte bei allen in bester Erinnerung bleiben.

Die SVP Dietikon dankt an dieser Stelle den grosszügigen Sponsoren, die die Durchführung dieses traditionellen Ausflugs ermöglichen, der Reitgesellschaft a. d. L. für die wiederum perfekte Organisation und Familie Josef und Berti Keller für die Organisation der Pferdegespanne.

Ein gemeinsames Engagement für ein Stück Dietiker Kultur der besonderen Art!

Rosmarie Frehsner, SVP Dietikon

Sponsoren 2013
A. Ungricht Söhne, Gartenbau AG, Dietikon; **Balbiani Treuhandbüro,** Dietikon; **Bauspenglerei S. Wittwer,** Birmensdorf; **Cinéma Capitol,** C. und M. Romer, Dietikon; **J. R. Lips Söhne AG,** Heizung & Sanitär; **Paul Brunner AG,** Baugeschäft, Dietikon; **REBEX AG,** Treuhand & Revisionsgesellschaft; **Restaurant Honeret,** Dietikon; **Bachmann Roger,** Gemeinderat SVP; **Burtscher Rochus,** Kantonsrat SVP; **Dätwyler Jörg,** Gemeinderat SVP; **Egli Stephan,** Unternehmer, Dietikon; **Erni Markus,** Gemeinderat SVP; **Frey Trudi,** Gemeinderätin SVP; **Hofer Ralph,** Gemeinderat SVP; **Wiederkehr Irene,** Gemeinderätin SVP; **Wyss Esther,** Gemeinderätin SVP.

OETWIL AM SEE: POLITIKER IM BÜRGERGESPRÄCH

SVP-Kantonsräte stehen Red und Antwort

Die SVP des Bezirks Meilen hat sich etwas Spezielles einfallen lassen. Alle vier SVP-Kantonräte zogen eine Art persönliche Bilanz und standen dem Publikum in Oetwil am See Red und Antwort.

Politiker im Bürgergespräch: Die Kantonsräte Claudio Zanetti und Hans-Peter Amrein, Kantonsrätin Theres Weber, Gesprächsleiter Reinhard Wegelin sowie Kantonsrat Rolf Zimmermann.

So eine Veranstaltung könnte durchaus Modellcharakter haben. Auf dem Hof von Petra und Hans Nef trafen sich die Mitglieder der SVP-Bezirkspartei inmitten der Legislatur zu einer Art Bilanz. Geleitet wurde das Bürgergespräch von SVP-Kantonalsekretär Reinhard Wegelin. Michael Herrmann, Ortsparteipräsident, freute sich über das zahlreiche Erscheinen aus dem ganzen Bezirk. Es zeige sich einmal mehr, dass es viele Menschen gebe, die an der Politik interessiert seien, so Hermann. Im Anschluss an die Veranstaltung wurde ein Umtrunk mit Imbiss serviert.

Im Kontakt mit den Menschen

Theres Weber-Gachnang, Uetikon am See, Kantonsrätin seit 1999 und neu gewählte zweite Vizepräsidentin des Kantonsrates, gab bei ihrer Vorstellung ein klares Plädoyer für das Gewerbe ab. Es gelte, alle KMUs von unnötigen Regulierungen zu befreien. Aktuell zeige die anstehende Richtplanrevision, wie wichtig der geschlossene Einsatz für das Gewerbe, aber auch für das Eigentum von Privaten und für die Entscheidungsfreiheit der Gemeinden sei. Die SVP-Kantonsräte des Bezirks Meilen seien an Märkten und Standaktionen und in verschiedenen Gremien mit der Bevölkerung in Kontakt, konnte die SVP-Bezirkspräsidentin feststellen.

Rolf Zimmermann ist erst seit Ende Dezember 2012 wieder im Kantonsrat. Er rückte für Gregor Rutz nach. Zimmermann, der die Politik in der Gemeindeexekutive in Zumikon von der Pike auf gelernt hatte, zeigte sich besonders aufgeschlossen für die Anliegen der Bevölkerung. Dies wisse er auch als Bezirksrat. In diesem Bereich gelte es, überparteiliche Lösungen zu suchen für das Zusammenleben der Bürgerinnen und Bürger, sage der unabhängige Finanzberater.

Tief besorgt zeigte sich Kantonsrat Claudio Zanetti aus Zollikon. Die Menschen seien nicht für den Staat da, sondern der Staat für die Menschen. Zanetti, der immer wieder als vehementer Ordnungspolitiker auftritt, erklärte, dass es Pflicht sei, Gegensteuer zu geben. Regierungen kommen und gehen. Die Verwaltung bleibe die gleiche. So sei es nicht verwunderlich, dass Bundesräte immer deutlicher als verlängerter Arm der eigenen Verwaltung agierten. «Anstatt zu führen, werden sie geführt», so Zanetti, der sich für die Volkswahl des Bundesrates stark machte.

Politische Erfolge

Schliesslich zeigte Kantonsrat Hans-Peter Amrein an vielen Beispielen auf, wie wichtig es ist, dass sich Politikerinnen und Politker der Anliegen der Bevölkerung annehmen. So hat der Inhaber einer Consultingfirma kürzlich einen überparteilichen Vorstoss durchgebracht, der die Offenlegung der Interessenbindungen für Staatsanwälte forderte. Solche Erfolge sind es denn auch, die die Meilemer Abordnung der SVP mit grossem Elan weiterarbeiten lässt. Der nächste Höhepunkt für die Bezirkspartei folgt schon bald. Mitte Juni wird der traditionelle Fraktionsausflug der SVP-Kantonsratsfraktion im Bezirk Meilen organisiert.

LESERBRIEF

Die EU, ihre «unbefragte» Volkskulisse und ein politisch-imaginäres Finanzgebaren

Rund um unser Land herum herrschen Unsicherheit, grösste Staatsverschuldungen, stagnierende Wirtschaft und unerträglich steigende Arbeitslosigkeit. Die Jugend ist vorbildlos geworden. Wollen wir «das»? Zwei Grossmächte, Deutschland und Frankreich, drängeln spürbar, um ihre Macht auf europäischer Ebene auszuweiten. Unser Finanzplatz soll klar geschädigt, kaputtgemacht werden. Die EU will zur Deckung ihrer Bedürfnisse unser hart erarbeitetes und noch gesichertes Geld bei uns herausholen.

Ist die Europäische Union eine Fehlkonstruktion? In vielerlei Hinsicht ja. Die EU-Zentrale in Brüssel beansprucht und verbreitet «ihr alleiniges Sagen». Landgegebene Regionen, Traditionen, Geschichte bleiben unverhältnismässig im Argen und unbeachtet. Wie lange noch hat der Euro als europäische Währung Bestand? Genau so lange, wie die Politiker von den Banken Geld wollen, brauchen und einsetzen. Man beachte die gezielten, parteibedingten, überbordenden Ansprüche und resultierenden Budgets! Der Grundgedanke, um in der «alten» westlich-/europäischen Welt, durch gemeinsam «verstandene», geprägte Grundlagen erarbeitete und damit eine demokratisch sichere, prosperierende Einheit zusammenzuführen, war eine mutige, eine überdenkenswerte Tat. Nur – bis heute «klappt es leider noch nicht»!

Indessen gingen schon damals bis heute Politiker vielerlei Couleur an die Arbeit. Ihr grosser Fehler war und ist es, ihre einzelnen Völker über ein anvisiertes Resultat einer Europäischen Union nicht zu befragen. Deren Ein- und Verständnis wurde nicht eingeholt. Man wollte auch nicht über sich ergebende Konsequenzen befragen und abstimmen lassen. Wichtiges wurde und wird unterlassen. Die durch Politiker aufgebaute und entstandene zentrale Regierung in Brüssel nahm und nimmt mit Macht allüberall energischen Einfluss.

Schmackhaft wurde den Völkern das Konstrukt EU mittels der neu eingeführten, gemeinsam gültigen Währung, dem Euro, gemacht. Damit sollten in der europäischen wie in der globalen Wirtschaft deren Finanzplätze, bis hinein in die privaten Geldbörsen aller Völker, Sicherheit und einfache Prosperität entstehen.

Nun erleben und erkennen wir heute, wie die EU ihre Völker (nur) als Kulisse nutzt. Dank der laufenden Brüsseler Politik entstehen im «alten Kontinent» Unsicherheit und Krisen. Die bisher aufgestellte EU in ihrer Art wird zurzeit als Fehlkonstruktion erkannt.

Täglich erleben wir es: Ein wirtschaftlich unsicheres, widerliches Umfeld umgibt unser kleines, aber immer noch unabhängiges, feines Land. Uns geht es gut dank unserer mehrheitlich noch gesunden Politik und Wirtschaft, seinem auf sicheren, beiden Beinen fest verankerten Volk, das eine eigene durch Vernunft und Erfahrung geprägte Meinung zu bilden vermag. Dabei wird es erst noch darum gebeten, diese zu äussern und zu verankern.

Also kann eine allein durch Geldvermehrung entstehende, eine imaginäre Finanzpolitik den Euro zukunftsträchtig nicht mehr stützen. Nur solange die Politiker den Euro puschen, also Geld benötigen. bleibt dieser «noch am Leben».

Nunmehr muss die europaorientierte Politik endlich daran denken, dass eine allein wundersame Geldvermehrung der Wirtschaft nicht zumutbar sein kann. Für uns bleibt ein starker Franken eine der Grundlagen zu unserem weiterhin zu erarbeitenden bleibenden Wohlstand.

Dazu gehört unsere traditionell bekannte Sicherheit im Lande. Die wie in europäischen Staaten unerträglich gestiegene Arbeitslosigkeit, Verschuldung und vielerlei Unsicherheiten dürfen bei uns in der Schweiz nicht Fuss fassen. Unsere Gesellschaft und ihre gesicherte Wirtschaft, wir haben die Kraft, Widerwärtigkeiten geschlossen entgegenzutreten.

«Wir sind und bleiben ein einig Volk! – Jawoll».

Adolf E. Seiferle, Küsnacht

Ja zum revidierten Hooligan-Konkordat

JÜRG TRACHSEL, FRAKTIONSPRÄSIDENT SVP

Das Konkordat schützt die Grundrechte der unbescholtenen und friedlichen Matchbesucherinnen und -besucher. Und die Grundrechte all derjenigen, die sich an einem Matchtag einfach in der Stadt aufhalten und mit Fussball nichts zu tun haben wollen. Die Einschränkung der Bewegungsfreiheit als Folge einer Straftat ist keine Grundrechtsverletzung, sondern eine gesetzliche Konsequenz daraus. Das Konkordat trifft gezielt die unverbesserlichen Gewalttäter, die weder im noch ums Stadion etwas zu suchen haben. Echt Sportbegeisterte akzeptieren keine Gewalt im Sport!

ANKÜNDIGUNG

Sonderparteitag Volksschule und Berufswelt
vom Samstag, 15. Juni 2013, 10.30 Uhr,
in der Mehrzweckhalle in Würenlos (AG)

weitere Informationen unter www.svp.ch

VOLKSABSTIMMUNG VOM 22. SEPTEMBER 2013

Eine kantonale und drei eidgenössische Vorlagen

Der Regierungsrat hat beschlossen, den Stimmberechtigten an der Volksabstimmung vom 22. September 2013 eine kantonale Vorlage zu unterbreiten. Auf eidgenössischer Ebene wird über drei Vorlagen abgestimmt.

Folgende kantonale Vorlage gelangt zur Abstimmung:
Volksinitiative «für mehr Demokratie (fakultatives Stimm- und Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer auf Gemeindeebene).

Folgende eidgenössische Vorlagen gelangen zur Abstimmung:
1. Volksinitiative vom 5. Januar 2012 «Ja zur Aufhebung der Wehrpflicht».
2. Bundesgesetz vom 28. September 2012 über die Bekämpfung übertragbarer Krankheiten des Menschen.
3. Änderung vom 14. Dezember 2012 des Bundesgesetzes über die Arbeit in Industrie, Gewerbe und Handel.

GESUNDE UND QUALITATIV HOCHWERTIGE NAHRUNGSMITTEL AUS SCHWEIZER PRODUKTION

JETZT UNTERSCHREIBEN

Nein zur Agrarpolitik 2014–17

Die von den eidgenössischen Räten am 22. März 2013 verabschiedete Agrarpolitik 2014–17 ist ein Schlag ins Gesicht der Schweizer Landwirtschaft und der Bauernfamilien. Darum ist dagegen das Referendum ergriffen worden. – Obwohl die Konsumentinnen und Konsumenten bei der Ernährung grossen Wert auf gesunde und qualitativ hochwertige Nahrungsmittel legen, die Lebensmittelskandale im Ausland bald zur Tagesordnung gehören und der Selbstversorgungsgrad in der Schweiz so tief ist wie in keinem anderen Land in Europa, will man mit der Agrarpolitik 2014–17 die einheimische Produktion erneut stark reduzieren und damit noch mehr Nahrungsmittel importieren.

ERNST SCHIBLI
A. NATIONALRAT
SVP
OTELFINGEN

Mit dieser agrarpolitischen Ausrichtung bezwecken Bundesrat und Parlament eine noch grössere Abhängigkeit in der Lebensmittelversorgung vom Ausland und somit latent eine noch stärkere Anbindung der Schweiz an internationale Organisationen. Trotz einem Bundesverfassungsauftrag, Art. 104 BV, den das Schweizer Volk mit über 80 Prozent Ja-Stimmen an der Urne gutgeheissen hat und den die Bauernfamilien auch in Zukunft erfüllen wollen, setzt man jetzt zur Aufhebung eines ganzen Berufsstandes, mit vor- und nachgelagerten Betrieben, an. Über die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Konsequenzen solcher Massnahmen scheint man sich in Bundesbern keine Gedanken zu machen. Diese hätte man aber mit dem Bundesbeschluss ebenfalls veröffentlichen müssen und die daraus entstehenden Probleme müssten aufgezeigt, erklärt und kommentiert werden.

Gesunde Nahrungsmittel aus einheimischer Produktion

Die Tier- und Pflanzenschutzgesetzgebung in der Schweiz ist weltweit unerreicht und trägt dazu bei, dass die Konsumentinnen und Konsumenten qualitativ hochwertige, gesunde Nahrungsmittel, produziert von den Schweizer Bauern, kaufen und essen können. Mit der Agrarpolitik 2014–17 wird nun angestrebt, die inländische Lebensmittelproduktion noch einmal massiv zu reduzieren, damit der Import von ausländischen Nahrungsmitteln intensiviert werden kann. Die Schweizer Bauernfamilien wehren sich vehement gegen die Absicht, dass die hochwertige Schweizer Nahrungsmittelproduktion durch ausländische Lebensmittel weiter aus dem Angebot verdrängt wird, deren Herstellung schlecht nachvollziehbar und nicht transparent ist. Die Häufung von Lebensmittelskandalen im Ausland und die absolut unhaltbaren Resultate der Rückstandsanalysen (Nachweis von bis zu 16 Pestiziden beim gleichen Produkt) auf importierter Ware beweisen, dass die Ernährungsqualität mit ausländischen Produkten stark sinkt. Eine solche Entwicklung darf nicht toleriert, sondern muss bekämpft werden. Die Schweizer Gesetzgebung garantiert, dass die Schweizer Nahrungsmittel umwelt- und tiergerecht produziert werden.

Eigenständigkeit und Unabhängigkeit bewahren und stärken

Weltweit haben 1,5 Milliarden Menschen (1500 Millionen) nicht genug zu essen oder leiden gar Hunger. Die Schweiz mit einem Selbstversorgungsgrad von rund 50 Prozent ist bereits heute sehr stark von Lebensmittelimporten aus dem nahen und fernen Ausland abhängig. Darum muss über die Neuausrichtung der Agrarpolitik alles unternommen werden, dass die Eigenversorgung mit Nahrungsmitteln auf 65–70 Prozent angehoben werden kann. Die Schweizer Bauernfamilien sind in der Lage, eine solche Zielsetzung zu erfüllen. Damit wird erreicht, dass die Versorgung der Bevölkerung mit qualitativ hochwertigen und gesunden Nahrungsmitteln auch in schwierigen Zeiten gewährleistet werden kann. Zudem werden die Eigenständigkeit und die Unabhängigkeit der Schweiz gestärkt, weil sie in Notsituationen, betreffend die Lebensmittelversorgung, die in unserem Land lebenden Menschen ausreichend versorgen kann. Dadurch wird die Schweiz nicht erpressbar sein und muss wegen fehlender Widerstandskraft keine nachteiligen Vereinbarungen eingehen.

Zukunftsperspektiven für die Bauernfamilien verbessern

Die bäuerliche Bevölkerung leistet mit der Nahrungsmittelproduktion, dem Schutz der Landschaft und der Landschaftspflege einen grossen Beitrag zum sehr positiven Erscheinungsbild, das von der Schweiz weltweit verbreitet wird. Die Bauernfamilien sind auch bereit, dafür alle ihnen zur Verfügung stehenden Möglichkeiten auszuschöpfen. Mit der Weiterentwicklung einer schweizerischen Agrarpolitik muss man aber bereit sein, ein bescheidenes Sicherheitsbedürfnis zu manifestieren. Die Rahmenbedingungen in der Agrarpolitik müssen so ausgestaltet werden, dass sich aus der Produktion von Nahrungsmitteln auch Einkommen erwirtschaften lässt. Darum fordern die Bauern eine Agrarpolitik 2014–17, die den Ansprüchen der gesetzlichen Vorgaben und dem Qualitätsbewusstsein der Bevölkerung vollumfänglich Rechnung trägt.

Unterstützen und unterschreiben Sie das Referendum

Mit dem jetzt vorliegenden Bundesbeschluss zur Agrarpolitik 2014–17 wird die Versorgung der in der Schweiz lebenden Menschen mit Nahrungsmitteln unhaltbar und unverantwortbar stark dem Lebensmittelimport übertragen. Dadurch entstehen für die Schweiz, die Bauernfamilien und die Bevölkerung bei der zukünftigen Entwicklung eines eigenständigen, unabhängigen, souveränen, direkt-demokratischen Landes Hindernisse, die in absehbarer Zeit existenzbedrohend sein können. Darum muss der am 22. März 2013 von den eidgenössischen Räten verabschiedete Bundesbeschluss über eine Referendums-Volksabstimmung abgelehnt und durch eine der schweizerischen Sache dienende Vorlage ersetzt werden. Ich bitte Sie deshalb, das Referendum zu unterschreiben. Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung.

Unterstützen Sie das Referendum gegen die Agrarpolitik 2014–17

- Nein zu einem weiteren massiven Abbau der Produktion von qualitativ hochwertigen Nahrungsmitteln für die Schweizer Bevölkerung!
- Nein zum Import von noch mehr Lebensmitteln, deren Herstellung nicht nachvollziehbar und transparent ist!
- Nein zu einem weiteren Abbau des inländischen Selbstversorgungsgrades, der bereits heute der tiefste in Europa ist!
- Nein zu einer Agrarpolitik, deren Ziel es ist, die bereits heute desolate Einkommenssituation in der Landwirtschaft noch dramatisch zu verschlechtern!
- Nein zu einer Agrarpolitik, mit welcher der Verfassungsauftrag nicht mehrerfüllt werden kann!

**Jetzt beiliegenden Bogen unterschreiben –
weitere Informationen unter www.agrarpolitik2014-nein.ch**

HAURUCKÜBUNGEN SIND FEHL AM PLATZ

SVP gegen Pfusch bei Gesetzgebung nach gescheiterten Verhandlungen des Bundesrates

Der Bundesrat ist mit seinen Verhandlungen zur Erzielung einer Globallösung mit den USA offensichtlich auf der ganzen Linie gescheitert. Für die SVP ist klar, dass das angekündigte dringliche Bundesgesetz, das die Herausgabe von Bankdaten an die USA regeln soll, durch das Parlament im ordentlichen Verfahren zu behandeln ist. Die SVP wird nicht Hand bieten zu irgendwelchen unseriösen Hauruckübungen. Eine Behandlung in der Sommersession ohne eingehende Prüfung des Gesetzes und seiner Konsequenzen mit den dafür vorgesehenen Prozessen ist ausgeschlossen und wird von der SVP abgelehnt.

SVP. Die Verhandlungen mit den USA über einen Staatsvertrag haben offenbar ohne Resultat in einem eigentlichen Debakel geendet. Der Bundesrat will nun den USA in vorauseilendem Gehorsam nachgeben, ohne dass es eine Vereinbarung gibt, die eine abschliessende Globallösung im Bankenstreit absichern und garantieren würde. Damit geht der Bundesrat ein hohes Risiko ein und widerspricht seinen bisher gemachten Verlautbarungen zur Lösung des Bankenstreits mit den USA fundamental. Die Amerikaner diktieren sämtliche Bedingungen. Es kann nicht sein, dass das Parlament in einer derart unklaren Situation in einer Nacht-und-Nebel-Aktion mit einem Kapitulationsgesetz innerhalb von wenigen Tagen das schweizerische Recht ausser Kraft setzt, ohne beispielsweise die Eckpunkte des amerikanischen Programms für die schweizerischen Banken zu kennen. Zudem besteht auch kein zeitlicher Druck, da die USA bisher nicht einmal das Doppelbesteuerungsabkommen ratifiziert haben, auf dessen Basis nun Amtshilfegesuche aus den USA gestellt werden sollen.

Die USA mit ihren Offshore-Plätzen führen gegen die Schweiz einen eigentlichen Wirtschaftskrieg. Die Schweiz hätte die Erpressungen der linken amerikanischen Administration schon längst entschiedener zurückweisen müssen. Es geht nicht an, dass nun durch das Parlament auch noch der schweizerische Rechtsstaat geopfert wird. Es kann auch nicht sein, dass jetzt mit dem Segen des Parlaments einfach Bankmitarbeitende und Geschäftspartner der Banken ans Messer geliefert werden, die für die Banken pflichtbewusst ihren Arbeitsvertrag oder ihre Aufträge erfüllt haben.

SVP des Kantons Zürich
Lagerstrasse 14
8600 Dübendorf

Tel. 044 217 77 66
Fax 044 217 77 65

SCHWEIZER QUALITÄT
SVP
Die Partei des Mittelstandes

Einladung geht an: Bezirkspräsidenten, Sektionspräsidenten, Wahlkommissionspräsidenten, Kandidaten und interessierte Mitglieder

Erfolgreiche Wahlen 2014/2015
Wahlkampftagung

In Krisensituationen steigt das Bedürfnis nach Sicherheit und Stabilität. In Krisen sind überzeugende Lösungen und bewährte Fachleute gefragt. Darauf baut die Politik der SVP – und darum sind auch die Wahlen 2014/2015 so wichtig.
Informieren Sie sich aus erster Hand. An unserer Wahlkampftagung stellen wir verschiedene Grundlagen vor, welche die Kantonalpartei den Sektionen für den Wahlkampf zur Verfügung stellt.

Datum: Samstag, 22. Juni 2013
Türöffnung: 08.30 Uhr mit Kaffee und Gipfeli
Beginn: 09.00 Uhr
Ende: 12.30 Uhr
Ort: Restaurant Rössli, Kempttalstr. 52, Illnau

Programm:
Die Bedeutung der Wahlen für die SVP
Nationalrat Alfred Heer, Parteipräsident
Parteiprogramm und Wahlkampfthemen der SVP
Nationalrat Christoph Mörgeli, Präsident der Programmkommission
Die Aufgaben der Orts- und Bezirksparteien im Wahlkampf
Nationalrat Gregor Rutz, Vizepräsident
Kommunikation über Internet/Social Media – Nutzen und Gefahren
Thomas Gemperle, Beauftragter Social Media der SVP Schweiz ,
Grafische Vorlagen, Gestaltungsmanual und Wahlmaterial
Alexander Segert, Geschäftsführer GOAL AG für Werbung und PR

Im Anschluss: Diskussionsrunde / Fragen

✂----------

Anmeldetalon für die Teilnahme an der Wahlkampftagung vom Samstag, 22. Juni 2013

☐ Ich melde mich für die Wahlkampftagung an.
☐ Wir melden uns für die Wahlkampftagung an: _____ Anzahl Personen.

Name: _____ Vorname: _____
Strasse: _____ PLZ, Ort: _____
Telefon: _____ E-Mail: _____

Bitte retournieren an das SVP-Sekretariat, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf
per Fax 044 217 77 65 oder per E-Mail: sekretariat@svp-zuerich.ch

Fadegrad

90 Millionen für ein DDR-Schulhaus

DANIEL REGLI
SVP ZÜRICH 11

Zürich boomt. Zehntausende ziehen in die Stadt. Auch junge Familien. Folglich braucht es mehr Schulraum. In den nächsten Jahren will die Stadt sieben Schulhäuser für 500 Millionen Franken bauen. Da die Stadt aber auch ein neues Kunsthaus will, ein Kongresshaus, mehrere neue Sportpaläste, günstiges Wohnen und teure Stadtplätze, reicht das eigene Geld nicht aus. So behilft man sich mit Geldaufnahmen am Kapitalmarkt. Allein im Jahr 2012 waren es 525 Mio. Franken!

Die budgetierten Kosten für ein Schulhaus in der Stadt Zürich bewegen sich auf die 100-Millionen-Grenze zu. Vor wenigen Jahren waren Schulhäuser noch für 30–40 Millionen Franken zu haben. Die Schulhäuser «Im Birch» und «Leutschenbach» kosteten dann schon ca. 64 Millionen Franken. Am 9. Juni stimmt das Zürcher Stimmvolk nun über den 90-Millionen-Kredit für das Schulhaus Blumenfeld ab.

Wer meint, die Schüler/-innen aus Zürich-Affoltern würden im «Blumenfeld» einen Prunkbau erhalten, täuscht sich. Das von aussen ansehnliche Gebäude gestaltet sich gemäss Projektbeschrieb im Innern «roh, robust und rau». Die Kinder blicken auf kahle Betonwände und raue Decken. Geld für visuelle Annehmlichkeiten wird in den Schulhäusern der Zukunft immer weniger vorhanden sein. Andere Leistungen beanspruchen immer grössere Anteile des Budgets. Heute baut man nicht mehr einfach Schulhäuser, sondern soziale Zentren.

Früher! Ja, früher reichten Schulzimmer, Lehrerzimmer, Turnhalle, Werken und Musikzimmer. Heute braucht es wie im Blumenfeld eine Grossküche, Speisesäle und Betreuungsraum für 300 Kinder. Es braucht Räume für Gruppentherapien, für Psychomotorik, für Sozialarbeiterinnen und für Betreuerinnen. Da vor allem die kleinen Kinder nach einigen Stunden in der «Sozialfabrik» nudelfertig sind, braucht es im Betreuungsbereich überhohe Räume. So wird der Einbau eines 2. Stocks möglich. Dieser wird mit Matratzen belegt, sodass die Knirpse fernab ihrer Familie versuchen können, ein wenig zu schlafen. Ein Drittel der Fläche des Schulhauses Blumenfeld wird für «Dienstleistungen» genutzt, die früher kaum angeboten wurden!

Das ist beste DDR-Manier! Der Staat will die Kleinen möglichst umfassend in seiner Einflusssphäre haben, um sie zu sozialen und ökologisch wertvollen Gefolgsleuten zu machen. So heisst es in der Dokumentation zum Bauprojekt Schulhaus Blumenfeld des Zürcher Amts für Hochbauten: «Ein grosser Teil der Schüler/-innen der Schule Blumenfeld dürfte im Jahr 2016 zwischen 7 und 8 Uhr morgens auf dem Schulareal eintreffen und dieses erst wieder zwischen 17 und 18 Uhr verlassen.»

Das Ziel der links-liberalen Parteien ist offensichtlich. Kinder sollen möglichst früh aus der Familie herausgenommen werden. Ihre Bindung an Werte wie Ehe, Familie, Verzicht, Treue, Leistung, Respekt und Ordnung soll zerstört werden. Dafür pflanzt man neue Werte wie Selbstbestimmung und Anspruchshaltung ein. Zudem sollen die Kinder die Welt auch noch vor dem Klimakollaps bewahren. Dass das Bauen eines 2000-Watt-kompatiblen Schulhauses im Minergie-P-Eco-Standard zusätzliche Millionen verschlingt, liegt voll auf der Linie des linken Mainstreams: Klima retten, Familie zerstören!

AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

Teuerungsausgleich – Die Vernunft hat gesiegt

Eine bürgerliche Allianz im Gemeinderat hat verhindert, dass der automatische Teuerungsausgleich bei der jährlichen Lohnanpassung des städtischen Personals beibehalten wird.

MARGRIT HALLER
GEMEINDERÄTIN SVP
ZÜRICH 9

Ab 1955 wurden die städtischen Löhne regelmässig der Teuerungsentwicklung angepasst. Massgebend war stets der Zürcher Index der Konsumentenpreise. In den Jahren mit einer negativen oder ausgeglichenen Teuerungsentwicklung erfolgte folgerichtig jeweils kein Teuerungsausgleich. Dieser regelmässige Ausgleich entsprach den Zielsetzungen des Stadtrates, die Kaufkraft des städtischen Personals zu erhalten.

Im Zuge der Finanz- und Euro-Krise ist das wirtschaftliche Umfeld für die Stadt Zürich unsicherer geworden. Muss die Teuerung in jedem Fall ausgeglichen werden, könnte dies insbesondere in Zeiten hoher Inflationsraten die Finanzlage der Stadt gefährden. Art. 57 des Personalrechts soll so angepasst werden, dass der Teuerungsausgleich für die städtischen Angestellten nur dann vollumfänglich oder teilweise gewährt werden kann, wenn die Rechnung keinen Bilanzfehlbetrag ausweist.

Die Linken verschliessen die Augen

In der Folge beinhalteten diverse Voten einen Basiskurs in Volkswirtschaft, was allen, nur nicht den Linken einleuchtete. Angenommen, es gäbe eine Teuerung von 4 Prozent und der Stadtrat müsste dies trotz einem Defizit auszahlen, dann würde das ein grosses Loch in die Kasse reissen. Bei einer Lohnsumme von jährlich 2,5 Milliarden Franken gäbe das pro Jahr 100 Millionen mehr Lohnsumme. Dieses Geld müsste an einem andern Ort eingespart werden. Und was ist das Teuerste in einem Betrieb? Es ist das Personal und es käme unweigerlich zu Entlassungen, was sich zu einer gefährlichen Negativspirale entwickeln würde.

Die Linken sehen da mit ihrer Zwängerei nicht über die eigene Nasenspitze hinaus. Sie wollen, dass die Teuerung «automatisch», auch bei einer negativen Bilanz, ausbezahlt wird. Dies zeugt von wenig finanzpolitischer Verantwortung.

Roger Liebi erklärt, dass diese Anpassung des Personalrechts vom «besten Finanzminister» (sprich Altstadtrat Vollewyder) dieser Stadt selber komme. Das komme nicht so ungefähr. Es läuft etwas schief, wir laufen in ein finanzielles Hochrisiko hinein. Die Hälfte der städtischen Angestellten wohnt nicht einmal in der Stadt, der städtische Steuerzahler müsste dafür bluten. Die SVP stellt den Minderheitsantrag, dass bei einem Finanzfehlbetrag ganz auf die Teuerung verzichtet wird, das heisst keine «Kann-Formulierung».

An dieser Debatte konnte man wieder einmal gut sehen, wer eigentlich die sozial denkenden Parlamentarier sind. Sicher nicht die Linken, die «Möchtegernalleshaben-Gesellschaft». Sie sind auch nie bereit, an einem andern Ort zu sparen, sei es bei der Kinderbetreuung, den kulturellen oder sozialen Ausgaben. Sie wollen ein Kunsthaus, ein Tram mit Veloweg über die Hardbrücke und vieles mehr.

Für uns SVP und diesmal auch FDP, CVP, EVP und GLP geht die Arbeitsplatzsicherung vor Stellenabbau. Denn nur ein wirtschaftlich gesunder Staat ist ein sozialer Staat.

Der Minderheitsantrag der SVP hatte keine Chance. Die vorgeschlagene «Kann-Formulierung» des Stadtrates wurde mit einem knappen 62 zu 58 Stimmen angenommen.

Keine Unterbringung von Asylsuchenden in Ballungszentren

Die Postulanten wollen, dass der Stadtrat sich über den schweizerischen Städteverband beim Bund sowie direkt beim Kanton dafür einsetzen soll, dass neue Asylunterkünfte nicht mehr in grösseren Städten, sondern an entlegenen Orten eingerichtet werden. Die Stadt Zürich ist Mitglied im Städteverband und er hat die Aufgabe, die Interessen seiner Mitglieder gegenüber den Bundesbehörden zu vertreten.

Vor dem Hintergrund, dass der Bund vermehrt Mühe bekundet, ein effizientes Asylverfahren umzusetzen und dem wachsenden Zustrom von Wirtschaftsflüchtlingen Herr zu werden, muss der politische Druck seitens der Gemeinden erhöht werden, welche die entstandenen Probleme letztlich ausbaden müssen.

Folgende Gründe sprechen gegen eine Unterbringung Asylsuchender in Ballungszentren: Die Wohnsituation in grösseren Städten ist ohnehin schon angespannt. Um das Aufnahmekontingent zu erfüllen, müssen Städte immer mehr Wohnraum suchen. Die Gefahr, dass Asylsuchende kriminell werden, ist in der Anonymität von Städten besonders gross. Sich zu vernetzen, Schwarzarbeit anzunehmen und sogar unterzutauchen, was eine Ausschaffung erschwert oder verunmöglicht, ist in Ballungszentren einfacher.

Mauro Tuena erklärt, es sei ein «Wahnwitz» ein Bundesasylzentrum inmitten des aufblühenden Quartiers Zürich-West zu bauen. Das Vorpreschen des Stadtrates fördert die Attraktivität für Asylsuchende. Im Quartier stösst dieses Zentrum auf Widerstand. Der Quartierverein wehrt sich, die Sorgen und Ängste der Bevölkerung werden nicht ernst genommen. Die SVP ist für schnellere Verfahren, dass es gar nicht solche Zentren braucht.

Roger Liebi zitiert aus dem Ecoplan; die Auswirkungen der Asylzentren auf die Umgebung wurden wissenschaftlich untersucht. Die Auswirkungen sind Störungen der Ruhe und Ordnung, die Passanten fühlen sich bedroht und werden belästigt, Ladendiebstähle und Delikte haben im letzten Jahr um 8 Prozent zugenommen. Wahrscheinlich habe die Asyl-Organisation Zürich (AOZ) Angst, dass sie die Aufträge nicht mehr erhalten und arbeitslos werde.

Diese Wirtschaftsflüchtlinge denken rational, sie wissen ganz genau, was sie erwartet. Sie wissen ganz genau, dass sie keine Chance auf Asyl haben. Wir Schweizer denken irrational, wir platzieren Menschen aus Entwicklungsländern in florierende Städte, wo Tausende Versuchungen locken. Die Schweiz ist zu attraktiv. Auch die Heimatländer solcher Flüchtlinge finden das nicht gut, fehlen Ihnen doch junge tüchtige Leute.

Die Linken tragen eine Mitverantwortung, dass solche Leute abtauchen. Sie wollen die Fakten einfach nicht wahrhaben. Die Verhätschelung von unechten Asylanten führt dazu, dass die inländische Bevölkerung darunter leidet. Irgendwann (oder schon bald?) ist die Toleranzgrenze überschritten und das schürt Rassismus. Und darunter fallen dann auch solche Flüchtlinge, die wirklich an Leib und Leben bedroht sind.

Leider hatte dieser Vorstoss keine Chancen und er wurde mit 78 Nein zu 37 Ja niedergeschmettert.

LESERBRIEFE

Zehn Argumente für die Volkswahl des Bundesrates

1. Es ist nicht nachvollziehbar, weshalb ausgerechnet in der Schweiz, mit der von vielen Ländern als Vorbildlösung bewunderten direkten Demokratie, die Regierung nicht vom Volk gewählt wird. Auf Kantonsebene und für unser Parlament, ja auf allen Stufen unserer Demokratie, bewährt sich die Wahl durch das Stimmvolk seit langer Zeit.
2. Der interessierte Wähler ist sicher auch für die Bundesratswahl in der Lage, sich über alle Bewerbenden ein Bild zu machen, genauso gut wie bei den Regierungs-, National- und Ständeräten. In der Regel handelt es sich sowieso um bekannte Personen.
3. Mit den heutigen vielfältigen Möglichkeiten der Medien – Fernsehen, Radio, Zeitungen, Internet – ist es ein Leichtes, sich als Kandidatin resp. Kandidat landesweit zu positionieren. Bei der erstmaligen Wahl ist dieser Aufwand etwas grösser, bei Folgewahlen sind dann die Bisherigen den Wählenden bestens bekannt.
4. Heute stimmen wir mehrmals pro Jahr über mehr oder weniger komplexe Sachthemen ab, welche auf nationaler und internationaler Ebene weitreichende Konsequenzen haben und später zumindest international kaum mehr korrigiert werden können. Wieso, um alles in der Welt, frage ich mich dann, sollten wir nicht fähig sein, unsere Bundesräte zu wählen?
5. Der Aufwand in jeglicher Hinsicht hält sich absolut in Grenzen, findet doch die Bundesratswahl zusammen mit derjenigen des Parlaments statt.
6. Der vom Volk gewählte Bundesrat ist nur diesem verpflichtet. Ohne ehrliche, transparente, kollegiale Politik im Dienste unseres Landes bestehen kaum Chancen auf eine Wiederwahl. Da hilft dann auch ein grosses Wahlbudget nicht.
7. Die Kandidatinnen und Kandidaten müssen nicht mehr im Vorfeld der Wahl vor den Bundeshausfraktionen antreten und diesen Versprechungen machen resp. Konzessionen eingehen, welche dann während der Legislatur einzulösen sind, um gewählt und wiedergewählt zu werden.
8. Dank dem transparenten Wahlprozess ist allen Ränkespielen der Riegel geschoben.
9. Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Kultur usw. sind wählbar, d. h. Quereinsteiger können die Politik-Landschaft aufmischen.
10. Geld spielt keineswegs eine entscheidende Rolle, denn in den vier Jahren als Bundesrat darf/muss sich jeder Gewählte durch seine Leistungen im Dienste des Landes erneut qualifizieren. In diesem Zusammenhang: Wenn Sie für sich in Anspruch nehmen, nicht käuflich zu sein, billigen Sie dies bitte auch Ihren Mitbürgerinnen und Mitbürgern zu.

Dies sind die Überlegungen, aufgrund derer ich mit Überzeugung Ja zur Volkswahl des Bundesrates sage. Selbstverständlich gibt es auch dazu, wie bei allen zu treffenden Entscheidungen, immer Pro und Contra. Stellen Sie Ihre Einwände meinen Argumenten gegenüber und ziehen Sie Ihr persönliches Fazit.

Paul Steiner, Dübendorf

Volkswahl wäre seriöser

In den vergangenen Jahrzehnten fanden die Wahlen der Bundesräte häufig in Berner Hinterzimmern statt und wurden von den Sympathien und Antipathien einiger weniger Parlamentarier gesteuert. Die Volkswahl des Bundesrates würde diesem unwürdigen Treiben endlich ein Ende bereiten. Eine Volkswahl wäre auf jeden Fall seriöser und transparenter. Ein vom Volk gewählter Bundesrat müsste zudem alle vier Jahre Rechenschaft vor seiner Wählerschaft ablegen und wäre somit gezwungen, auf das Schweizer Volk zu hören statt auf die EU.

Tobias Infortuna, Egg

Ja zur Direktwahl des Bundesrates

Der Bundesrat nimmt die Interessen unseres Landes mitunter nur mangelhaft oder überhaupt nicht wahr. Um unfähige Bundesräte abwählen zu können und um zu verhindern, dass einer dank parlamentarischer Klüngelei gewählt wird, ist die Direktwahl durch das Stimmvolk überfällig. Beispiele:

Bundesrat Burkhalter will nicht nur rückwirkend das Recht der krisengeschüttelten EU übernehmen. Auch plant er den EU-Beitritt unter Umgehung des Parlamentes und der Stimmbürger. Zu diesem Zweck hat der Bundesrat bei Prof. Thürer (einem vehementen EU-Befürworter) ein Gutachten in Auftrag gegeben. Inhalt: Wie der EU-Beitritt mit Hilfe des Bundesgerichtes bewerkstelligt werden kann.

Bundesrätin Sommaruga denkt nicht daran, den Volksentscheid über die Ausschaffungsinitiative umzusetzen. Eine eventuelle Verschärfung im Asylwesen wird sie mit mehr Rechtsmitteln für Asylbewerber zu neutralisieren wissen. Die als Folge des Asylwesens kontinuierlich steigende Kriminalitätsrate ist für sie überhaupt kein Thema.

Bundesrätin Widmer-Schlumpf ist nicht nur durch ihren Verschleiss an Chefbeamten und die Umstände, wie sie gewählt wurde, fragwürdig. Ständig gab sie vor, für das Bankgeheimnis zu kämpfen. Kürzlich liess sie die Katze aus dem Sack: Der automatische Informationsaustausch sei beschlossen. Damit spielt sie, als de facto dritte SP-Bundesrätin, den Linken in die Hände. Auf der Agenda der ehemaligen SVP-Frau steht nicht der Volkswille, sondern ihre Wiederwahl, die sie nur mit den Stimmen der Linken erreichen kann.

Otto Weiersmüller, Uetikon

Parolen vom 9. Juni 2013

Neue kommunale Wohnsiedlung auf dem Areal Kronenwiese, Zürich-Unterstrass, Objektkredit von 64,8 Millionen Franken — NEIN

Neubau Schulanlage Blumenfeld, Zürich-Affoltern, Objektkredit von 90 Millionen Franken — NEIN

Dem Volk vertrauen!

Deshalb am 9. Juni:

Volkswahl des Bundesrates **Ja**

SCHWEIZER QUALITÄT SVP Die Partei des Mittelstandes

PC 30-209744-4

www.volkswahl.ch

WUCHEMÄRT

WOCHE FÜR WOCHE AKTUELL

ABZUGEBEN

MIST / GÜLLE (muss abgeholt werden) Telefon 044 788 13 04 (mittags/abends).

STELLENSUCHE

Ex-Wirtin (50) sucht **Teilzeitstelle** im Bereich Lebensmittel (Küche/Kantine/Produktion) im Raum Zürich/ZH-Oberland. Tel. 076 473 25 33.

Achtung!

Zahle **Höchstpreise** für alle **Autos.**

Komme bei Ihnen vorbei.
Tel. 044 822 26 11

Inserate
Der Zürcher Bote
print-ad kretz gmbh
Tel. 044 924 20 70
Fax 044 924 20 79
inserate@zuercher-bote.ch

IHR INSERAT IM WUCHEMÄRT

Zürcher Bauer Der Zürcher Bote

Sie suchen etwas Spezielles oder möchten sich schon lange von einem Gegenstand trennen? Fehlt Ihnen eine Begleitung zum Wandern oder Jassen? **Inserieren Sie einfach und unkompliziert und erreichen Sie über 10 000 Leserinnen und Leser.** Füllen Sie dazu das Formular unter folgender Internetadresse aus:

www.stutz-druck.ch/wuchemaert

Preise
3 Zeilen à 35 Anschläge (total 105) für **nur Fr. 20.–** inkl. MWSt.
6 Zeilen à 35 Anschläge (total 210) für **nur Fr. 40.–** inkl. MWSt.

Einsendeschluss
jeweils am Dienstag für die Ausgabe vom Freitag.

Rufen Sie uns bei Fragen bitte an: Telefon 044 783 99 11
Wir können nur Inserate veröffentlichen, für die der korrekte Betrag überwiesen wurde. Die Zahlungsangaben finden Sie auf der oben genannten Internetseite. Besten Dank für Ihr Verständnis.

Für eine faire Verkehrsfinanzierung

www.milchkuh-initiative.ch

AUSGEFÜLLTE BOGEN JETZT ZURÜCKSENDEN AN:

Komitee «Keine Härtefallkommission für abgewiesene Asylbewerber»
c/o SVP des Kantons Zürich
Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf

Initiative «Keine Härtefallkommission für abgewiesene Asylsuchende»

Abgewiesene Asylsuchende verfügen über ein reiches Instrumentarium an Rechtsmitteln, um gegen Entscheide über die Verweigerung des Asyls vorzugehen und damit den Ausweisungsvollzug abzuwenden oder zu verzögern. Der Kanton Zürich schuf mit der Härtefallkommission für abgewiesene Asylsuchende noch ein weiteres Instrument.

Diese war das Resultat von Verhandlungen mit Sans-Papiers, die in der Adventszeit 2008 die Predigerkirche besetzten.

Es gibt keinen Grund, das von Bundesrechts wegen vorgegebene Verfahren durch eine Härtefallkommission zu ergänzen.

Deshalb: Keine Härtefallkommission für abgewiesene Asylsuchende und Personen mit ungeregeltem Aufenthaltsstatus!

Wöchentliche Fernsehsendung mit Christoph Blocher

Alt Bundesrat Christoph Blocher stellt sich wöchentlich den Fragen von Dr. Matthias Ackeret, Journalist und Autor des Buches «Das Blocher-Prinzip». Die aktuelle Fernsehsendung wird jeweils am Samstagnachmittag ab 14.00 Uhr im Internet auf www.teleblocher.ch übertragen.

SVP-KANTONSRATSFRAKTION

Kantonsrat / Fraktion
Montag, 3. Juni 2013, 13.00 Uhr, Sitzung, Zunfthaus zur Haue.

SVP-STAMM

Bezirk Andelfingen / Buch am Irchel
Jeden ersten Samstag im Monat, ab 10.00 Uhr, Restaurant Sonne, Hauptstrasse 12, Buch am Irchel.

Bezirk Bülach / Embrach
Jeweils am letzten Sonntag im Monat, ab 10.30 bis 12.00 Uhr, Restaurant Rose, Oberembrach.

Bezirk Dielsdorf / Dielsdorf
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Löwen, Dielsdorf.

Bezirk Dietikon / Birmensdorf
Jeden ersten Samstag im Monat, ab 10.00 Uhr, Restaurant Sonne, Luzernerstrasse, Birmensdorf.

Bezirk Horgen / Oberrieden
Jeden 3. Donnerstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Bar Galerie zur Zinne, Oberrieden.

Bezirk Meilen / Küsnacht
Diesen Sonntag ab 10 Uhr im Restaurant Fähnlibrunnen, Küsnacht.

Bezirk Uster / Uster
Jeden ersten Samstag im Monat, 11.00 bis 12.00 Uhr, Landgasthof Puurehuus, Wermatswil.

Bezirk Winterthur / Seuzach
Jeweils Sonntagmorgen, ab 10.00 Uhr, Café Meier, Seuzach: 9. Juni, 4. August, 6. Oktober und 1. Dezember 2013.

Junge SVP Kanton Zürich
Jeden letzten Freitag im Monat, 20.00 Uhr, Parteihöck im Raum Zürich, Standort und Details werden auf unserer Homepage www.jsvp-zh.ch aufgeschaltet.

Junge SVP Stadt und Bezirk Winterthur
Jeden ersten Freitag im Monat, ab 20.00 Uhr, in der First Choice Bar, Winterthur.

Stadt Winterthur / Seen
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Kafi Burehus, Winterthur-Seen.

Stadt Zürich / Kreis 4 und 5
Jeden ersten Donnerstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Holzschopf, Heinrichstrasse 112, Zürich.

Stadt Zürich / Kreis 6
Jeden ersten Montag im Monat, 19.00 Uhr, Restaurant Neubühl, Winterthurerstrasse 175, Zürich.

Stadt Zürich / Kreis 11
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Felsenberg, Felsenrainweg 19, Zürich-Seebach.

Stadt Zürich / Kreis 12
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Schwamendingerhuus (Schwamendingerplatz), Zürich-Schwamendingen.

SVP-VERANSTALTUNGEN

Bezirk Affoltern / Aeugst am Albis
Donnerstag, 6. Juni 2013, 20.00 Uhr, Restaurant Eichhörnli, Aeugst am Albis, SVP-Stammtisch.

Bezirk Affoltern / Knonau
Samstag, 29. Juni 2013, Besuch Sasso San Gotthardo Museum. Weitere Informationen folgen. Anmeldungen unter svpknonau@gmail.com oder Natel 076 771 20 60.

Bezirk Affoltern / Wettswil
Mittwoch, 2. Oktober 2013, 20.00 Uhr, Singsaal Schulhaus Mettlen Wettswil a. A., Podiumsveranstaltung mit Nationalrätin Natalie Rickli und Nationalrat Hans Kaufmann. Zum Abschluss der Veranstaltung werden Getränke und Salzgebäck offeriert. Die Teilnahme an der Veranstaltung (inklusive «Getränke-Runde») ist gratis! Beim Schulhaus Mettlen stehen viele Parkplätze zur Verfügung! Wir freuen uns auf viele Teilnehmer!

Bezirk Dietikon / Schlieren
Samstag, 22. Juni 2013, 10.00 Uhr, Restaurant Stürmeierhuus, Freiestrasse 14, Schlieren, Sessionsbericht mit Nationalrat Hans Egloff. Er und Kantonsräte orientieren über die laufende Session. Apérogebäck und Getränke werden gratis abgegeben.

Bezirk Hinwil / Grüningen
Sonntag, 23. Juni 2013, 9.30 Uhr, auf dem Hof von Evi und Kurt Leemann, Niggenberg, Puurezmorge. Am Nachmittag gibt es Grillwürste. Zmorge-Preise: für Erwachsene Fr. 18.–, für Kinder Fr. 8.– (bis 6 Jahre gratis). Reichhaltiges Puurebüffet mit selbst gebackenem Brot und Zopf, mit Rösti, Käse, Eiern, Konfitüre, Honig, Fleisch, Birchermüesli und Kaffee oder Ovi sowie Kuchen und Grillwürsten. Der Weg zum Niggenberg ist beschildert.

Bezirk Meilen / Küsnacht
Dienstag, 4. Juni 2013, 19.30 Uhr, Restaurant Schützenstube, Küsnacht, Parteiversammlung.

Bezirk Meilen / Stäfa
Sonntag, 15. September 2013, 14.00 Uhr, in der «Halle für alle», Frohberg, Stäfa, kultureller Anlass mit Christoph Blocher und dem Solisten-Ensemble von La Compagnia Rossini: Würdigung dreier Persönlichkeiten vom Zürichsee (Johann Kaspar Pfenninger, Patriot; Conrad Ferdinand Meyer, Schriftsteller, und Karl Landolt, Kunstmaler). Programm: 14.00 Uhr: Türöffnung; 15.00 Uhr: Beginn des Programms. Eröffnungskonzert von La Compagnia Rossini. Begrüssung durch Kurt Zollinger. Vortrag von Christoph Blocher. Schlusskonzert von La Compagnia Rossini. 17.15 Uhr: Der Veranstalter offeriert «Ghackets mit Hörnli» und Apfelmus. Jedermann ist herzlich eingeladen! Parkplätze sind genügend vorhanden, ab 13.45 Uhr wird ab dem Bahnhof Stäfa ein Busbetrieb angeboten.

Stadt Zürich / Kreis 1 und 2
Samstag, 1. Juni 2013, 9.30–11.00 Uhr, Café Mandarin, im Morgental, Zürich-Wollishofen, Standaktion zu den Abstimmungen vom 9. Juni 2013.

Stadt Zürich / Kreis 6
Samstag, 1. Juni 2013, 10.00–18.00 Uhr, Oberstrass-Määrt (Quartierfest, unterhalb Rigiplatz), SVP-Stand und Informationen zu den Abstimmungsvorlagen.

Stadt Zürich / Kreis 9
Samstag, 1. Juni 2013, 9.00–11.30 Uhr, Lindenplatz, vor dem alten Brunnen (Seite Badenerstrasse), Standaktion zu den Abstimmungsvorlagen vom 9. Juni 2013.

Stadt Zürich / Kreis 12
Freitag, 14. Juni 2013, ab 18.00 Uhr, Materialhütte Familiengärten Auzelg, Auwiesenstrasse 170, Zürich, traditioneller Grillplausch (vis-à-vis Haltestelle Auzelg – Tram 11, 12 und Bus 79). Anmeldung bei Kantonsrat Christian Mettler, Präsident Kreis 12, Natel 079 689 29 71 oder per E-Mail: cmettler@hispeed.ch.

Winterthur Altstadt, Veltheim, Töss und Mattenbach
Freitag, 31. Mai 2013 bis Sonntag, 2. Juni 2013, Dorffest Veltheim (Bachtelstrasse / Feldstrasse, Winterthur). Feines Essen – gemütliches Beisammensein – politische Gespräche. Programm:
- Freitag 31. Mai 2013: 18.00 bis 02.00 Uhr
- Samstag 1. Juni 2013: 14.00 bis 02.00 Uhr
- Sonntag 2. Juni 2013: 11.00 bis 20.00 Uhr

Geniessen Sie die hausgemachte Gulaschsuppe oder lassen Sie sich durch die speziellen Schüblige verführen. Probieren Sie das feine Winterthurer Euelbräu Bier oder einen Wein aus der Region. In der gemütlichen Festbeiz bietet sich die Gelegenheit für einen Jass oder ein Gespräch mit einem Politiker.

SVP-FRAUEN

SVP-Frauen Stadt Zürich
Donnerstag, 11. Juli 2013, 19.00 Uhr, Sommerhöck.

Montag, 26. August 2013, 19.30 Uhr, Hotel Mercure Stoller, Albisriederplatz, Zürich, Mitgliederversammlung.

Montag, 28. Oktober 2013, 19.30 Uhr, Hotel Mercure Stoller, Albisriederplatz, Zürich, Mitgliederversammlung.

Donnerstag, 28. November 2013, 19.00 Uhr, Adventsessen.

Montag, 27. Januar 2014, 19.00 Uhr, Hotel Mercure Stoller, Albisriederplatz, Zürich, Generalversammlung.

WEITERE POLITISCHE VERANSTALTUNGEN

Samstag, 7. September 2013, 10.00 Uhr, Armeeausbildungszentrum Luzern, einleitendes Referat von Bundesrat Ueli Maurer, anschliessend Podiumsdiskussion zum Thema «Allgemeine Wehrpflicht: überholter Zwang oder Sicherheitsgarantie?» mit den Nationalräten Hans Fehr, SVP, Roland Fischer, Grünliberale, Corina Eichenberger, FDP, sowie Professor Rainer Eichenberger. Anschliessend Apéro riche.

MOTORRAD-CLUB SVP

Ausfahrten
Sonntag, 23. Juni 2013, **2. Ausfahrt:** Ostschweiz.

Sonntag, 21. Juli 2013, **3. Ausfahrt:** Arosa.

Sonntag, 25. August 2013, **4. Ausfahrt:** Schwarzwaldtour.

Sonntag, 15. September 2013, **5. Ausfahrt:** Tessin (eventuell 2 Tage).

Höcks
Donnerstag, 13. Juni 2013, 19.30 Uhr, **2. Höck,** Restaurant Riverside, Glattfelden/Zweidlen.

Donnerstag, 11. Juli 2013, 19.30 Uhr, **3. Höck,** Gibswiler-Stube, Tösstalstrasse 466, Gibswil.

Dienstag, 30. Juli 2013, 19.30 Uhr, **4. Höck,** Besenbeiz Eichhof, Eichhof 361, Bachs (Treffen mit der SVP Neerach).

Dienstag, 13. August 2013, 19.30 Uhr, **5. Höck,** Restaurant Eintracht, Bahnhofstrasse 36, Elgg.

Dienstag, 10. September 2013, 19.30 Uhr, **6. Höck**, Restaurant Erpel, Türlersee, Hausen am Albis.

Jahresschlusstreffen
Freitag, 11. Oktober 2013, Restaurant Wallberg, Eichholzstrasse 1, Volketswil.

Sommerreise
Freitag, 9. August 2013 bis Montag, 12. August 2013, Sommerreise in die Dolomiten, Arabba.

SVP Winterthur Altstadt, Veltheim, Töss und Mattenbach

Einladung zum Dorffest Veltheim

31. Mai 2013 ab 18.00 Uhr bis 2. Juni 2013 bis 20.00 Uhr

Feines Essen | Gemütliches Beisammensein | Politische Gespräche

Freitag 31. Mai 2013 18.00 bis 02.00 Uhr
Samstag 1. Juni 2013 14.00 bis 02.00 Uhr
Sonntag 2. Juni 2013 11.00 bis 20.00 Uhr

Geniessen Sie unsere hausgemachte Gulaschsuppe oder lassen Sie sich durch unsere speziellen Schüblige verführen.

Probieren Sie das feine Winterthurer Euelbräu-Bier oder einen Wein aus der Region.

In der gemütlichen Festbeiz bietet sich die Gelegenheit für einen Jass oder ein Gespräch mit einem Politiker.

Wir freuen uns auf Sie!

Bachtelstrasse / Feldstrasse, 8400 Winterthur

IMPRESSUM

Der Zürcher Bote

ISSN 2296–3480
Organ: Schweizerische Volkspartei des Kantons Zürich
Erscheint jeden Freitag

Abonnementspreis jährlich:
Parteimitglieder Fr. 48.–
Nichtmitglieder Fr. 58.–
+2,5 % Mehrwertsteuer

Redaktion:
Reinhard Wegelin (rw.), Christoph Bähler (ba.)
Tel. 044 217 77 64, Fax 044 217 77 65
zb@svp-zuerich.ch
SVP des Kantons Zürich
Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf

Inseraten-Annahme:
print-ad kretz gmbh, Fredi Kretz
Tramstrasse 11, Postfach,
8708 Männedorf
Tel. 044 924 20 70, Fax 044 924 20 79
inserate@zuercher-bote.ch

Inseratenschluss:
Dienstag 17.00 Uhr
Insertionspreis 95 Rp., Gelegenheitsinserate (private) mind. 20 mm, 2-spaltig, Fr. 30.–
+ 8 % Mehrwertsteuer

Druck und Abonnementsdienst:
Stutz Druck AG
Einsiedlerstrasse 29, 8820 Wädenswil
Tel. 044 783 99 11, Fax 044 783 99 22
info@stutz-druck.ch